IMT Nuremberg Archives

H – 703

International Court of Justice

H0703 -0002

Notice.

Not to be publicized until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

A ne pas publier avant présentation devant le tribunal en session publique et seulement la partie réellement versée au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jener Teil, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

H0703 - 0003

I certify that none of the documents included herein have been denied by the tribunal and that this document book has been examined with the prosecution in accordance with the ruling of the tribunal dated 4 April 1946.

Je certifie qu'aucun des documents ci-inclus n'a été contesté par le Tribunal, et que ce livre de documents a été examiné par le Ministère Public suivant les règles du Tribunal, en date du 4 Avril 1946.

Ich bestaetige, dass keine der hierin enthaltenen Dokumente vom Gerichtshof abgelehnt wurden und dass dieses Dokumentenbuch gemeinsam mit der Anklagevertretung durchgesehen wurde, in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Gerichtshofes vom 4. April 1946.

F. Seidl

Signature of Counsel

Signature de l'Avocat

Unterschrift des Verteidigers

A n k l a g g e USA - 173 - 2233 A (USSR -223)

Abteilungsleitersitzung 1939/4o Seite 23 - 24 Eintragungen vom 1o.5.194o

---

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r geht danach auf Die Frage der Arbeitsdienstpflicht der Polen ein. Auf den Druck des Reiches hin sei nunmehr verfuegt worden, dass, da sich genuegend Arbeitskraefte nicht freiwillig zum Dienst im Deutschen Reich meldeten, ein Zwang ausgeuebt werden duerfe. Dieser Zwang bedeutet die Moeglichkeit der Inhaftnahme von Polen maennlichen und weiblichen Geschlechts. Dadurch sei es zu einer gewissen Unruhe gekommen, die sich nach einzelnen Berichten sehr stark ausbreite, und die zu Schwierigkeiten auf allen Gebieten fuehren koenne. Der Herr Generalfeldmarschall Goering habe seinerzeit in seiner grossen Rede auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine Million Arbeitskraefte nach dem Reich zu verschicken. Geliefert seien bisher 16o ooo. Allerdings seien hier grosse Schwierigkeiten zu ueberwinden gewesen. Deshalb werde es sich empfehlen, bei der Durchfuehrung des Zwanges die Kreis- und Stadthauptleute mit heranzuziehen, damit man dann auch von vornherein der Ueberzeugung sein koenne, dass diese Aktion einigermassen zweckmaessig sei. Eine Verhaftung von jungen Polen beim Verlassen des Gottesdienstes oder der Kinotheater werde zu einer immer steigenden Nervositaet der Polen fuehren. Ansich habe er garnichts dagegen einzuwenden, wenn man das arbeitsfaehige, oft herumlungernde Zeug von der Strasse weghole. Der beste Weg waere dafuer aber die Veranstaltung einer Razzia, und es sei durchaus berechtigt, einen Polen auf der Strasse anzuhalten und ihn zu fragen, was er tue, wo er beschaeftigt sei usw.

Standartenfuehrer Schulz bemerkt, dass Zwangsverhaftungen ueberhaupt noch nicht vorgekommen seien, weil zunaechst noch die Auswirkung des neuen Erlasses abgewartet werden solle. Man habe allerdings Fluechtlinge, die aus dem Sowjetgebiet kamen, angehalten, sich fuer den Dienst im Reich zu melden.

H0703 - 0004

Der Herr Generalgouverneuer weist darauf hin, dass die Polen aus dem Warthegau nach Moeglichkeit gleich ins Reich verschickt wuerden. Das muesse aber auch mit den Polen geschehen, die aus Sowjetrusslgnd, Rumaenien, Ungarn usw. kaemen, soweit sie arbeitsfaehig seien.

Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer bemerkt, dass von seiner Abteilung aus ueberhaupt noch keine Zwangsaktionen durch gefuehrt worden seien. Die Frage sei uebrigens mit allen zustaendigen Stellen besprochen worden. In dem Erlass sei ausdruecklich gesagt, dass zunaechst Haerten nach Moeglichkeit vermieden werden sollten. Im uebrigen habe er die Feststellung getroffen, dass die gemeldeten Zwangsmassnahmen entweder gar nicht stattgefunden haetten oder jedenfalls stark uebertrieben gewesen seien.

Der Herr Generalgouverneurrbittet jedenfalls, davon Kenntnis zu nehemen, dass der Zwang zur Arbeit sehr vorsichtig ausgeuebt werden muesse. Geruechten ueber zwangsweise Verhaftung muesse sofort nachgegangen werden.

H0703 – 0005

2233 - PS (USSR - 223)

Franks Tagebuch, Arbeitssitzungen 1940 Februar - November

I n t e r v i e w

Des Herrn Generalgouverneurs durch den Korrespondenten des V.B., K l e i s s , 6. Februar 1940.

Seite 1

Am 6. Februar 1940 wurde der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r von dem Korrespondenten des V.B. Herrn K l e i s s interviewt. Das Interview begann um 1/4 10 Uhr abends und hielt sich in ganz zwangslosen Formen. Bei einem Glase Wein unterhielten sich der Herr Generalgouverneur und sein Gast im Plauderton. Zugegen waren auch Reichshauptamtsleiter Dr. Gassner und Schlosshauptmann Buchner.

Seite 3

Kleiss: Den einen bekam ich aus Berlin zugeschickt, den anderen aus Prag! Gefragt wurde ich danach.- Vielleicht waere es auch interessant, den Unterschied zwischen Protektorat und Generalgouvernement herauszuarbeiten?

" Einen plastischen Unterschied kann ich Ihnen sagen. In Prag waren z.B. grosse rote Plakate angeschlagen, auf denen zu lesen war, dass heute 7 Tschechen erschossen worden sind. Da sagte ich mir: wenn ich fuer je sieben erschossenen Polen ein Plakat aushaengen lassen wollte, dann wuerden die Waelder Polens nicht ausreichen, das Papier herzustellen fuer solche Plakate.- Ja, wir mussten hart zugreifen. Jetzt hat sich aber schon vieles beruhigt. Es ist ja grauenhaft, Polen ist vollkommen aufgeteilt, so aufgeteilt, wie es noch niemals war. Diesmal ist es ganz anders.

Seite 13

... Ein grosses Verdienst hat die deutsche Verwaltung auch in der Seuchenbekaempfung. Das soll uns einer mal nachmachen, dass wir ueber 700 000 Schutzimpfungen unentgeltlich an der gesamten irgendwie gefaehrdeten Bevoelkerung durchgefuehrt haben mit der

H0703 - 0006

Wirkung, dass die Seuchenlage im Gebiete des Generalgouvernements noch niemals so guenstig war, selbst nach Aussage polnischer Aerzte.- Der Stand der Exekutionen im Generalgouvernement uebersteigt in keiner Weise die Anzahl der Todesurteile in allen anderen kriegfuehrenden Laendern. Es sind alles laecherliche Maerchen wie die Behauptung, dass die Kirchen geschlossen sind. Dass das nicht der Fall ist, davon kann sich jeder ueberzeugen. ...

Seite 18

Reichsamtsleiter Dr. Gassner: Ich bitte um die Genehmigung, das Interview in der Warschauer Zeitung erscheinen zu lassen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Nein, dagegen bin ich absolut. Es ist eine typische Sache fuer das Reich.

H0703 – 0007

A n k l a g e USA - 271 (2233 - PS)

Franks Tagebuch 194o Band IV Seite 1156 Eintragungen vom 19. Dezember 194o.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r nimmt an der Weihnachtsfeier des 1. Wachbataillons Krakau (L.R. 645) teil

Oberstleutnant von Tschammer und Osten geleitet den Herrn Generalgouverneur zur Kaserne des Wachbataillons, wo der Herr Generalgouverneur von Bataillonskommandeur, Hauptmann Maurer, empfangen wird.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ueberreicht Hauptmann Maurer sein Bild mit Widmung.

Hauptmann Maurer dankte dem Herrn Generalgouverneur in herzlichen Worten fuer sein Erscheinen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r richtet dann folgende Ansprache an die Soldaten des Wachbataillons:

Herr Hauptmann, Professor Maurer,

Kameraden!

Ich moechte meiner ganz besonderen Freude darueber Ausdruck verleihen, dass es moeglich geworden ist, dass wir heute zusammen ein soldatisches Weihnachtsfest feiern. Ich habe mich geradezu danach gesehnt, einmal wieder im Kreise von Soldaten zu weilen. Denn es ist nicht einfach fuer den Offizier einer im Kampfe stehenden Truppe, ploetzlich den Befehl zu erhalten, eine Verwaltungsaufgabezzu uebernehmen.

Und noch eines hat mir der Fuehrer vor wenigen Tagen in vollem Ernst gesagt, dass das alte japanische Sprichwort seine Geltung behalten soll, das da lautet: Nach dem Siege bindet den Helm fester. Kameraden, wir werden niemals wieder ein schwaches Reich sein. Die Wehrmacht wird die Kroenung der Gemeinschaftserziehung darstellen. So, wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Kroenung der sozialen, der politischen, der weltanschaulichen Fuehrung ist, so wird auch die

H0703 - 0008

Wehrmacht der Inbegriff der Wehrerziehung, der stolzen und sauberen Haltung unseres Volkes sein. Und Ihr koennt sagen: Ihr seid als Soldaten dabei gewesen. Ich bin sehr gluecklich ueber diese Stunde der Wehrmacht, denn sie verbindet uns alle. Von Euch hat der eine seine Mutter, seine Eltern, der andere seine Frau, seine Braut, seinen Bruder, seine Kinder zu Hause. Die werden nun in allen diesen Wochen an Euch denken und werden sich sagen : mein Gott, da sitzt der nun drueben in Polen, wo es so viele Laeuse und Juden gibt, vielleicht hungert und friert er, er getraut sich vielleicht nicht zu schreiben. Da waere es vielleicht ganz nett, wenn wir den Lieben zu Hause ein Bild schicken und Ihnen sagen wuerden: nun, es ist nicht mehr so schlimm mit den Laeusen und den Juden, es ist hier im Generalgouvernement schon etwas anders und besser geworden. Freilich, in einem Jahre konnte ich weder saemtliche Laeuse noch saemtliche Juden beseitigen (Heiterkeit). Aber im Laufe der Zeit und vor allem dann, wenn Ihr mir helft, wird sich das schon erreichen lasse. Es ist ja auch nicht notwendig, dass wir alles in einem Jahre und alles gleich tun, denn was haetten sonst diejenigen, die nach uns kommen, noch zu schaffen?

H0703 – 0009

A n k l a g e 2233 - PS - P - USA - 611 (USSR - 223)

Franks Tagebuch 1941, Band III, Eintragungen vom 9. 9. 41

Seite 820, 821, 830, 831

11.00 Sitzung im Koenigsaal der Burg.

Anwesend sind:

Der Herr Generalgouverneur
Praesident Westerkamp
Praesident Dr. Emmerich
und andere.

Seite 821

Der Herr Generalgouverneur eroeffnet die Sitzung mit dem Hinweis, dass die sehr wichtige Frage, wie das Generalgouvernement angesichts der Eigenbedarfsfestsetzung, so gering dieses auch sein moege und wie stark sie auch reduziert werden koenne, mit den vielfachen Anforderungen fertig werden koenne, die aus allen moeglichen Dienststellen des Reichs kaemen, zur Debatte stuende. Man muesse sich klar darueber werden, welcher Weg einzuschlagen sei, um jedem zu etwas zu verhelfen, da eine restlose Befriedigung aller Wuensche nicht durchgefuehrt werden koenne.
Von vornherein moechte er die Feststellung treffen, dass die optimistische Einstellung mancher Dienststellen des Reiches, dass durch die Erweiterung des Generalgouvernements um Galizien auf dem Ernaehrungssektor hier unerschoepfliche Lebensmittelreserven vorhanden seien, durchaus unzutreffend sei. Auf der anderen Seite sei festzustellen, dass die Situation im Reich und in den besetzten Gebieten die Forderungen nicht als Ausgeburt einer Versorgungsphantastik, sondern als Ausdruck einer zwingenden Notwendigkeit erscheinen lasse.

"Obermedizinalrat Dr. Walbaum aeussert sich zu der Gesundheitslage der polnischen Bevoelkerung. Untersuchungen, die von seiner Abteilung angestellt worden seien, hatten ergeben, dass der groesste Teil der Polen nur etwa 600 Kalorien zu sich nahmen waehrend der Normalbedarf eines

H0703-0010

Menschen 2 200 Kalorien betrage. Die polnische Bevoelkerung sei so weitgehend entkraeftet, dass sie eine leichte Beute des Fleckfiebers werde. Die Zahl der erkrankten Polen betrage heute bereits 40 %. In der letzten Woche allein seien 1 000 neue Fleckfiebererkrankungen amtlich festgestellt worden." Das sei die bisher hoechste Ziffer. Diese gesundheitliche Lage stelle eine grosse Gefahr fuer das Reich und fuer die in das Generalgouvernement kommenden Soldaten dar. Eine Verschleppung der Seuche in das Reich sei leicht moeglich. Auch das Ansteigen der Tuberkulose sei besorgniserregend. Wenn die Lebensmittelrationen noch verkleinert wuerden, koenne man eine gewaltige Steigerung der Erkrankungsziffern voraussagen.

Der Herr Generalgouverneur erklaert zusammenfassend, dass bei der vorgesehenen Einfuehrung eines Normalverbrauchersatzes von 1 400 g Brot pro Woche fuer den nichtdeutschen Verbraucher keine Erhoehung, sondern nur die Wiederkehr eines frueheren Verbrauchersatzes, der voruebergehend aus zwingenden Gruenden auf 1 050 g gekuerzt werden musste, eintrete. Bei Abwaegung der vorhandenen und angeforderten Mengen muesse man feststellen, dass das Generalgouvernement mit Brot, Kartoffeln und Fleisch gerade auskomme, wogegen an eine geregelte Fettverteilung weiterhin nicht zu denken sei. Er schlage vor, die bisher angemeldeten Wuensche soweit irgend moeglich bei der Verteilung in Rechnung zu stellen ohne Ruecksicht auf die heute sehr vage angekuendigten Mehrforderungen fuer 800 000 Soldaten und Kriegsgefangene. Eine Fleischration von 100 g fuer den nichtdeutschen Normalverbraucher muesse unbedingt beibehalten werden. Er werde notfalls in Berlin vorstellig werden und erklaeren, dass es unmoeglich sei, den Fleischbedarf der Wehrmacht aus dem Generalgouvernement zu decken. Im anderen Falle muesse es die Verantwortung fuer die weitere Entwicklung des Generalgouvernements ablehnen. Das Generalgouvernement sei am aeussersten Rande seiner Leistungsfachigkeit angekommen. Jede weitere Forderung von irgendeiner

H0703-0011

Stelle unter irgend elcher Begruendung sei unerfuellbar. Wichtig sei es nun, einen Ausgleich der angemeldeten Forderungen zu finden; vielleicht koenne man im Hinblick auf die sich auswirkenden Ergebnisse der Besetzung Russlands einen kleinen Vorgriff riskieren, um die Stimmung ueber den Winter besser durchhalten zu koennen. Das Generalgouvernement muesse als Verwaltung nicht nur mit dem Revolver in der Hand, sondern fuersorgerisch den polnischen Arbeitern gegenueber auftreten. In dem Uebereinkommen zwischen dem Fuehrer und dem Duce sei der Grundsatz aufgestellt worden, fuer die Wohlfahrt aller der Gemeinschaftsarbeit dienenden Voelker des Kontinents zu sorgen. Auch ihm sei vom Fuehrer eines dieser Voelker anvertraut. Er halte eine Politik der restlosen Herabwuerdigung eines fremden Volkes fuer eine Gefahr fuer das Reich.

H0703 – 0012

A n k l a g e 2233 - PS - AA - USA - 013

Franks Tagebuch, Arbeitssitzungen 1943

Eintragungen vom 25. 1. 43, Seite 7, 8, 9, 11, 13, 14, 16, 17, 18, 19, 51, 52, 53

"G e h e i m e R e i c h s s a c h e"

Arbeitssitzung im Schloss Belvedere zu Warschau am 25.1.43.

Seite 7

Generalgouverneur Dr. Frank:

Herr Staatssekretaer Krueger, Sie wissen, dass Anweisungen des Reichsfuehrers SS von Ihnen erst vollzogen werden duerfen, wenn Sie mich vorher gehoert haben. Das ist in diesem Falle unterblieben. Ich spreche mein Bedauern daruber aus, dass Sie einen Befehl des Reichsfuehrers vollzogen haben, ohne mich vorher entsprechend der Verordnung des Fuehrers zu verstaendigen. Nach dieser Verordnung duerfen Anweisungen des Reichsfuehrers SS hier im Generalgouvernement nur vollzogen werden, wenn ich vorher meine Einwilligung erteilt habe. Es ist hoffentlich das letzte Mal, dass das unterblieben ist; denn ich moechte nicht wegen eines jeden solchen Falles den Fuehrer belaestigen. Ich nehme an, dass Ihre Zeit zu beschraenkt war, oder aus anderen Gruenden meine Verstaendigung unterblieben ist. Es ist nicht moglich, dass wir uns ueber Fuehrerverordnungen hinwegsetzen und es ist ausgeschlossen, dass auf dem Gebiet der Polizei und der Sicherheit unmittelbar Weisungen des Reichsfuehrers befolgt werden unter Umgehung des Mannes, den der Fuehrer hier eingesetzt hat; sonst bin ich ja voellig ueberfluessig. Aber ich hoere zu meiner Freude, dass die Aktion ohnedies abgeschlossen ist. . .

. . .

Hier haben wir das typische Beispiel dafuer, dass Polizeiaktionen auf Befehl des Reichsfuehrers durchgefuehrt werden, ueber die ich entgegen der Verordnung des

H0703-0013

Fuehrers nicht ins Bild gesetzt war und zu denen ich meine Einwilligung nicht erklaert habe. Das ist und muss fuer die Zukunft unmoeglich sein. . .

Seite 9

Staatssekretaer Krueger:

Herr Generalgouverneur, ich nehme Ihre Meinung zur Kenntnis und werde Gelegenheit haben, persoenlich dem Reichsfuehrer SS Vortrag zu halten. . .

Seite 11

. . .

Staatssekretaer Krueger:

Seite 13

. . . Die naechste grundsaetzliche Frage, die auch zur Sicherheitslage gehoert, ist die Aufgabe des Reichskommissars fuer die Festigung deutschen Volkstums . . .

Seite 16

. . .(Als wir jetzt kurzer Hand noch vor Weihnachten die ersten, etwa 4 000 im Kreis Zamosc angesiedelt haben, hatte ich Gelegenheit, mit diesen Menschen zu sprechen.) Ich muss wirklich sagen: etwas Derartiges von einer Dankbarkeit der Menschen dafuer, dass sie nun endlich ihre neue Heimat gefunden haben, gibt es nicht wieder. (Generalgouverneur Dr. Frank:Ich werde in der zweiten Haelfte des Monats Februar, wenn es mir irgendwie moeglich ist, diese Siedlung im Distrikt Lublin besuchen. Staatssekretaer Krueger: Dass wir uns mit der Besiedlung dieses Raumes, zunaechst also des Distrikts Lublin bezw. der Kreishauptmannschaft Zamosc nicht zu Freunden der Polen machen, ist selbstverstaendlich. Von der Notwendigkeit dieser Ansiedlung habe ich schon gesprochen; wir mussten sie durchfuehren. Andererseits waren wir vernuenftig genug, diese Massnahme nicht zu ueberstuerzen.

H0703 – 0014

Auf diesem Gebiet haben wir nun auch die ersten Erfahrungen gemacht. Wir haben es erlebt, unter welchen Schwierigkeiten die Besiedlung erfolgte, welchen Widerstand andererseits die Polen uns entgegenbrachten und welche wirtschaftlichen, politischen und sonstigen unguenstigen Auswirkungen diese Massnahmen zum Teil hatte. Mit der Ansiedlung der Volksdeutschen in diesem Gebiet sind wir gezwungen, den Polen zu verjagen.) Andererseits haben wir ein bedingtes Interesse daran, dass ein Teil der Polen hier uns erhalten bleibt. Es sind die Polen, die im Hinblick auf ihre Einstellung uns gegenueber, im Hinblick auf ihre Leistung und im Hinblick auf ihre rassischen Werte aus diesem Raume nicht herausgenommen werden duerfen. Wir werden diejenigen wegnehmen, die in diesem neuen Siedlungsgebiet eine Belastung darstellen. Es sind praktisch die asozialen oder minderwertigen Elemente. Sie werden abgeschoben, zunaechst in Konzentrationslager gebracht und dann weiter fuer die Arbeit im Reich vermittelt. So hat sich diese ganze erste Aktion, polnisch propagandistisch gesprochen, auch wieder unguenstig ausgewirkt. Denn der Pole hat gesagt: nachdem der Jude vernichtet worden ist, versucht man mit den gleichen Methoden den Polen aus diesem Raume herauszubringen und ihn ebenso zu liquidieren wie den Juden . . .

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich darf bitten, dass selbstverstaendlich auch solche politisch ungeheuer einschneidenden Massnahmen nicht einseitig von Ihnen vollzogen werden, ohne dass ich dazu Stellung nehmen kann. Sie haben es im Kreise Zamosc getan. Sollte in anderen Teilen des Generalgouvernements diese Frage auch akut werden, dann wuerde ich Sie bitten, sich vorher mit mir zu besprechen. . .

H0703-0015

Generalgouverneur Dr. Frank schliesst die Sitzung mit folgenden Worten:

Meine Herren!

Ich moechte Jhnen allen angesichts des Verlaufs der heutigen Sitzung meinen aufrichtigen Dank sagen. Ich halte diese Sitzung fuer eine der wichtigsten in der Verwaltungsgeschichte des Generalgouvernements, weil sie nunmehr den Abschluss der bisherigen Erfahrungen in den eigenen Bereichen darstellt und einen Ausgleich bringt. Ich bin Herrn Staatssekretaer Krueger und allen Herrren der Polizei und Sicherheit gaz besonders dankbar dafuer, dass sie uns heute offen ihre eigenen Sorgen zur Kenntnis gebracht haben. Ich kann Ihnen nur die Erklaerung abgeben, dass ich nach wie vor den Belangen der Polizei und Sicherheit das grosste Interesse entgegenbringe und sie auch weiterhin leidenschaftlich vertreten werde.

Die Situation des Reiches ist jetzt sehr ernst und entscheidend. Der Krieg faengt an, ausserordentlich hart zu werden und sein ernstes Gesicht zu zeigen. Der Fuehrer hat einen Erlass vom 16. Januar verkuendet, in welchem darauf hingewiesen wird, dass alles, was nicht unmittelbar und ausschliesslich dem Sieg des Deutschen Reiches dient, einzustellen ist. Alles, was irgendwie noch zu mobilisieren ist, muss in den Dienst des Reiches gestellt werden. Im Zusammenhang mit dem Fuehrererlass wird eine ganze Reihe von Verwaltungsmassnahmen ergriffen werden muessen. Welche Fragen auch heute hier angeschnitten worden sind, ob sie sich auf die Durchfuehrung der verschiedendsten Sicherheitsmassnahmen bezogen, und ob diese Massnahmen jetzt in dieser Form notwendig sind, / das entscheidende Ergebnis der heutigen Tagung liegt auf den

H0703 – 0016

Gebiete der Verwaltung und Fuehrung: es ist die endgueltige beiderseitige Feststellung, dass irgendwelche Konflikte und Schwierigkeiten oder aus persoenlichen Ressentiments kommende gegenseitige Verstimmungen innerhalb des Generalgouvernements nicht mehr bestehen sollen. Und damit die Fahrt unseres Verwaltungsschiffes nun gleich in einen stolzen Hafen geleitet werde, moegen die Herren Staatssekretaere Dr. Buehler und Krueger am 3. Februar auf der Burg erscheinen, damit wir gemeinsam dort die einzelnen Massnahmen eroertern koennen. Herr Praesident Dr. Losacker wird von uns den Auftrag bekommen, die ersten Massnahmen fuer die Durchfuehrung des Fuehrererlasses vor allem in Erledigung dessen vorzubereiten, was uns die Herren Gouverneure gestern an Anregungen, Wuenschen, Sorgen und Noeten vorgetragen haben.

Meine Herren! Seien Sie ueberzeugt, dass dieses einheitliche Gefuege des Generalgouvernements, an dem alle, die um diesen Tisch versammelt sind, so hervorragend gearbeitet haben, auch wirklich die Kraft haben wird, diese Zeit zu bestehen. Die grosse Aufgabe, die uns gestellt ist, wird immer schwieriger. Uns wird niemand helfen, sondern wir sind voll und ganz auf uns gestellt. Der Fuehrer kann uns nur helfen als einer Art Verwaltungsinsel oder Verwaltungsigel. Wir muessen um uns schlagen. Bei aller Kritik an den Methoden, die wir gehoert haben. Sie kennen meine grundsaetzliche Auffassung, ich brauche sie in diesem Kreise nicht zu sagen, - moechte ich eins betonen: zimperlich duerfen wir nicht sein, wenn wir die Zahl von 17 000 Erschossenen hoeren. Diese Erschossenen sind eben auch Kriegsopfer. Wenn wir diese Zahl in ein Verhaeltnis setzen zu dem was das deutsche Volk ununterbrochen jeden Tag und jede Stunde an unersetzlichen Blutopfern bringt, so faellt sie ueberhaupt nicht ins Gewicht. Wir sind jetzt

H0703 - 0017

verpflichtet, zusammen zu halten. Jeder muss den anderen Verstaendnis entgegenbringen, er muss ueberzeugt sein, dass er sein Bestes tut. Voraussetzung ist immer, dass wir keine persoenliche Lockerung eintreten lassen. Wir wollen uns daran erinnern, dass wir alle miteinander, die wir hier versammelt sind in der Kriegsverbrecherliste des Herrn Roosevelt figurieren. Ich habe die Ehre, Nummer 1 zu sein. Wir sind also sozusagen Komplicdn in welthistorischen Sinne geworden. Gerade deshalb muessen wir uns zusammenfinden, wir muessen zusammen fuehlen, und es waere laecherlich, wenn wir irgendwelche Streitigkeiten ueber Methoden austragen wollten.

H0703 – 0018

A n k l a g e (USSR - 223)

Franks Tagebuch 1943, Band V, Eintragung vom 27.10.1943

Seite 1164 - 1165

Besprechung ueber die Sicherheitslage. Anwesend sind Staatssekretaer Dr. Buehler, Staatssekretaer Dr. Boepple, die Gouverneure Dr. Fischer, Dr. Waechter, Kundt und Dr. Wendler, SS-Oberfuehrer Bierkamp, Generalmajor der Polizei Gruenwald, der Bevollmaechtigte dr. Heuber und Regierungsdirektor Dr. Schmidt. SS-Oberfuehrer Bierkamp fuehrt folgendes aus: Die Sicherheitslage insbesondere in Warschau bereite grosse Sorgen. In Warschau befinde sich die Zentrale der nationalen Widerstandsbewegungen, waehrend in den anderen Distrikten lediglich Untergruppen bestaenden. Das Hauptaugenmerk des SD sei daher in erster Linie auf Warschau gerichtet. Die nationale Widerstandsbewegung versuche nach allen Seiten anzuknuepfen und sei in der Lage, jederzeit loszuschlagen. Vorerst wolle sie das aber noch nicht. Die Kommunisten verfolgten das Ziel, die Bevoelkerung durch Terrormassnahmen aufzuputschen.

Durch die von der deutschen Verwaltung eingefuehrte Verordnung und die eingeleiteten Suchnemassnahmen sie nun die nationale Widerstandsbewegung in einen schweren Konflikt geraten. Sie habe mit der Emigrantenregierung in London Verhandlungen ueber ihr weiteres Verhalten eingeleitet, bis jetzt aber noch keine Antwort erhalten. Man scheine die Entscheidung darueber der Widerstandsbewegung im Lande zu ueberlassen. Sie trete auch an den SD heran; scheinbar wolle sie von Terrormassnahmen gegen Deutsche Abstand genommen sehen. Sie erklaerte, dass wir mit unseren Massnahmen nur den Kommunisten in die Haende arbeiteten; die Terrorwelle wuerde staendig zunehmen und zum Aufstand fuehren

H0703 – 0019

Die Kommunisten wuerden selbstverstaendlich durch die deutschen Massnahmen von weiteren Terrorakten nicht abgehalten. Jhnen koenne man nur dadurch begegnen, dass man die Kommunistenfuehrer und aktiven Terrorgruppen fasse und zerschlage. Zu diesem Zwecke seien Strassenstreifen eingesetzt worden, von denen die Gefassten sofrt standgerichtlich abgeurteilt wuerden. Bei diesem Verfahren nehme man selbstverstaendlich ein Menge unschuldiger Leute fest, die aber alle wieder enlassen wuerden. Eine solche Aktion duerfe auch nicht nur eine Fangaktion fuer den Arbeitseinsatz werden.

In Warshau habe man bereits eine Menge Individuen gefasst, die mit Waffen aller Art, sogar mit Handgranaten ausgeruestet gewesen seien. Auch viele Kuriere habe man bereits erwischt.

Die eingefuehrten Massnahmen wuerden noch verbessert werden. Leider mache sich der Mangel an ausreichenden Kraeften zur Durchfuehrung solcher Aktionen bemerkbar.

Die Sicherheitspolizei habe viele Leute, die seit dem 10. Oktober auf Grund der Verordnung vom gleichen Tage strafbare Handlungen begangen haben, in Haenden. Diese seien zum Tode verurteilt und wuerden als Suehne fuer Verbrechen erschossen. Jhre Namen wuerden der Bevoelkerung durch Plakate bekanntgegeben, und ihr mitgeteilt, dass die und die Leute Begnadigung zu erwarten haetten, wenn nicht weitere Morde an Deutschen vorkaemen. Fuer einen ermordeten Deutschen wuerden 10 dieser Polen hingerichtet. Fuer Verbrechen, die Polen begangen haetten, wuerden nur Polen hingerichtet werden und analog sei es bei den Ukrainern. Fuer Taten der nationalen Widerstandsbewegung wuerden auch keine Kommunisten erschossen und umgekehrt. Bei unklaren Sachverhalt wuerden kommunistische Verbrecher erschossen.

Die Verordnung vom 10. Oktober habe bereits eine gewisse Beruhigung erziehlt, und die Morde an Deutschen in Warschau haetten nachgelassen.

H0703-0020

A n k l a g e - USSR - 223

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner, Eintragungen . 18.3.1944

Seite 22, 24, 38, 39

B e t r i e b s a p p e l l der deutschen Belegschaft der Flugzeugmotorenwerke.

Nach Eroeffnung des Betriebsappells durch den Betriebsobmann ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:. . . . . Das soll auch der polnischen Bevoelkerung eine grosse Genugtung sein, und es soll bedeuten, dass wir alles verstehen, was menschlich ist; denn wir Deutsche sind immer menschlich gewesen. . .

Seite 38

. . . Wir haben es hier mit den Polen zu tun, einem Volke, dem wir mit grosser Reserviertheit gegenueber stehen, das sich aber jetzt im Kriege dank vernuenftiger deutscher Fuehrungsprinzipien zu einem sehr wichtigen Faktor des deutschen Widerstandes empor entwickelt hat. Hunderttausende von Polen und Polinnen sind Tag und Nacht im Generalgouvernement unter Aufbietung ihrer letzten Kraefte im Zusammenhang mit der Erfuellung der deutschen Kriegsaufgaben aktiv taetig. Es ist nur klug gewesen, dass wir es so gemacht haben. Ich habe einmal gesagt: es kommt nicht darauf an, dass die Koepfe der Polen rollen, sondern es kommt lediglich darauf an, dass die Raeder in diesem Lande rollen, dass sie sich bewegen; denn das allein kann Deutschland brauchen. Wenn ich zum Fuehrer gekommen und ihm gesagt haette: Mein Fuehrer, ich melde, dass ich wieder Hundertfuenfzigtausend Polen vernichtet habe, - dann haette er gesagt: schoen, wenn es notwendig war, - aber leider stehen die Bahnen still, das ganze Land ist voll von Sabotage, jeden Tag wird ein anderes Attentat veruebt, - das geht doch nicht an. So ist es mir aber lieb, dass wir sagen

H0703 - 0021

koennen: die Fabriken sind im Gange, die Bauern kommen mit ihrer Ernte, die Ernaehrungsleistungen steigen, weil wir eine vernuenftige menschliche europaeische Volkstums p o litik in diesem Lande getrieben haben. Ich weiss, man hat uns und besonders mich als Polenfreund verdaechtigt . . .

Seite 39

. . . Mir kam es von Anfang an darauf an, dieses Land fuer die Dauer des Krieges, den ich von vornherein laenger schaetzte als nur ein oder zwei Jahre, sicherzustellen. Dazu gehoert, dass man ein Land pfleglich behandelt. Man kann von einer Kuh entweder die Milch oder das Fleisch erlangen; wenn ich Milch haben will, muss ich die Kuh am Leben erhalten. So ist es auch mit einem eroberten Land. Wenn ich einem solchen Lande alles wegnehme dann kann ich von ihm keine Leistung mehr verlangen; will ich aber eine Leistung verlangen, dann muss ich es pfleglich behandeln, ich muss ihm Schulen, Kirchen, Konzerte geben, ich muss ihm eine Versorgung sicherstellen und ihm im Laufe der Zeit das Gefuehl verleihen, dass wenn die Bevoelkerung loyal im europaeischen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus mitgekaempft hat, einmal das deutsche Volk sagen wird: nun wollen wir den Kampf mit den Polen beenden, Ihr sollt unter deutscher Fuehrung brav Eurer Arbeit in Zukunft nachgehen, in Eure kulturellen Belange reden wir Euch nicht hinein.

Das ist das Ziel meiner Volkstumspolitik.

H0703 – 0022

Anklage 2233 - PS - BB - USA - 295 (USSR - 223)

Franks Tagebuch 1944/45, Leitz-Ordner 1.1.44 - 28.2.44 und Eintragungen vom 14.1.44, Seite 17,23,24,25,26

Seite 17

Einführung des Gouverneurs Dr. von Burgsdorff in sein Amt als Distriktstandortführer des Distrikts Krakau im Sitzungssaal der Distrikstandortführung Stefanplatz 9.
Nachdem Hauptabschnittsleiter Stahl einen kurzen Rückblick über die Geschichte des Distrikstandortes gegeben hat, richtet der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache an die Politischen Leiter und Mitarbeiter der Distriktstandortführung.

Seite 23

. . . Ich wäre ja auch lieber bei meiner Truppe, meinem Regiment geblieben, von dem ich am 15. September 1939 vom Führer abberufen wurde, bei meiner Kompanie, von der heute niemand mehr am Leben ist, als dass ich dieses Zauberspiel vollführe, Repräsentant eines Reiches zu sein, in Wirklichkeit aber ein sorgenträchtiger Mann sein zu müssen.
Sie werden daran ermessen können, was für mich ein Vorbild wie Adolf Hitler bedeutet, der das, was ich im kleinen Rahmen zu tragen habe, für uns alle zu tragen hat.
Wenn man in die Tiefen der Lage des Generalgouvernements schaut und wenn ich dann wieder vom Reichsführer SS Himmler höre, dass das Generalgouvernement das einzige, wirklich erfolgreich arbeitende Gebiet ist, - in allen anderen hat er nur grosse Sorgen - , so muss uns alle und auch Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, das mit grosser Genugtuung erfüllen. Als ich damals diesen Befehl vom Führer erhielt, aus dem Teil Polens, der nicht gleich Deutschland angegliedert wurde, eine Art Ordnung aufzubauen, da musste ich zunächst einmal an die staatliche Ordnung denken, daran, eine Regierung, Gouverneure, Instanzen, irgendwelcher Ämter, Behörden usw. ins Leben zu rufen, die überhaupt aus dem, was damals völlig zusammengebrochen war, eine gewissen Ordnung hätten aufbauen können.

H0703 - 0023

Und ein halbes Jahr, nachdem ich das ins Leben gerufen hatte, kam mir der Gedanke, wie führe ich hier die Partei ein? Ich habe mir damals die Partei als einen Arbeitsbereich vorgestellt, und ich kann wohl sagen, dass die Idee der Schaffung eines Arbeitsbereiches, von mir selber konstruiert, sich auch in ihrem inneren Aufbau durchgesetzt hat. Ich habe es damals dem Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, gesagt, und er hat sich dem angeschlossen. Aus vielen Bestätigungen auch des Reichsleiters Bormann weiss ich, dass diese Struktur selbstverständlich die einzig mögliche ist, die wir der Partei hier geben können. Denn wir sind ein Prozent der Gesamtbevölkerung. Die deutschen Menschen dieses Raumes sind so dünn gesät, dass wir, wenn wir hier neben dem Staat eine vollkommen vom Staat losgelöste völlig eingene Parteiorganisation aufbauen wollten, dafür weder die Menschen noch die Energiekräfte besässen. Es geht nur darum, nicht eine endgültige Struktur zu finden. Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, "dann kann meinetwegen aus den Polen und aus den Ukrainern und dem, was sich hier herumtreibt, Hackfleisch gemacht werden, was will." Aber in diesem Augenblick kommt es nur darauf an, ob es gelingt, fast 15 Millionen eines gegen uns sich organisierenden feindlichen Volksstamm. in Ruhe, Ordnung, Arbeit und Disziplin zu halten. Wenn es nicht gelingt, dann kann ich vielleicht triumphierend sagen: Ich habe 2 Millionen Polaken umgebracht. Ob dann aber die Züge an die Ostfront fahren, ob die Monopolbetriebe arbeiten, die jeden Monat 500 000 Liter Wodka und so und so viele Millionen Zigaretten liefern, ob die Ernährung und Landwirtschaft gesichert wird, von der wir allein 450 000 to Getreide ans Reich geliefert haben, das steht auf einem anderen Blatt.

H0703 – 0024

Politik ist mehr als Gewalt. Die Gewalt ist eine lächerliche ABC-Angelegnheit. Die Staatskunst beginnt jenseits der Gewalt. Wenn ich drei Polizeibataillons dieses Raumes dringends zur Füllung von Lücken an die Front abgeben muss, - heute ist ein solches dringendes Hilfsersuchen an mich gekommen -, so bedeutet das, dass ich wiederum die Köffizienz dieses Raumes um drei Polizeibataillone reduziere. Das kann ich nur,wenn ich sozusagen einigermassen auf die Bevölkerung rechnen kann. Wenn ich heute den 150 000 Polen, die die Ostbahn betreiben, nichts mehr zu essen gebe, wenn ich sie nicht mehr kleide, ihnen keine Sicherheit des Lebens gewähre, -. die 5000 Deutschen, die ich bei der Ostbahn habe, bringen keinen Zug vorwärts. Von den Fabriken will ich ganz absehen. Wissen Sie, dass wir für 1,5 Milliarden Zloty jährlich zusätzlich dem deutschen Reich wertvollste Rüstung und Munition fabrizieren?

Das ist nun nicht etwa nur zu erreichen, indem man sagt: ich befehle, ich will so, wenn er nicht will, erschiesse ich ihn; Quatsch, - ich kann jeden erschiessen; das ist keine Kunst. Ich bin kein Polenfreund, aber ich bin dafür verantwortlich, dass in diesem Raum für die deutsche Ostfront keine Rebellion im Rücken entsteht. Wenn ich den Polen etwas zu essen gebe, wenn ich ihnen ihre Kirchen belasse, ihnen Schulen gebe, dann tue ich das nicht als Polenfreund, sondern als verantwortlicher Politiker dieses Raumes, und ich verbitte mir, dass jemand seine Schnauze deswegen aufreisst. Wer keine Verantwortung hat, kann leicht reden.

. . . Ich habe eine schwere Opposition in diesem Lande im vorigen Jahr beseitigt. Jahrelang wurde gegen mich mit der These gearbeitet, ich sei zu weich, ich sei ein Polenfreund usw., ich könne die Gewalt nicht verstehen usw. Die Repräsentanten dies r Anschschauung haben uns

H0703 - 0025

schwer geschadet. Sie haben jahrelang durch fälschliche Berichte an das Reich und an alle möglichen Stellen die furchtbarste Greuelverleumdung über unserer Raum gebracht. Ich habe diesen Kampf bestanden, nicht nur deshalb, weil ich als alter Bauernbursche Altbayern Nerven wie ein Kälberstrick habe, sondern auch deshalb, weil ich genau weiss, dass der Weg, den ich gehe, richtig ist. Da mir niemand das Generalgouvernement nachgemacht hat und ich keine Mehtode kenne, die besser als die von mir eingeschlagene gewesen wäre, wusste ich, dass ich siegen werde, - und ich habe gesiegt. Die Opposition in diesem Lande ist mit der Abberufung ihres Chefs beseitigt worden.

H0703 – 0026

2233 - PS

Franks Tagebuch 1939 Seite 1

Eintragungen vom 25.Oktober 1939

Herr Reichsminister Dr.Frank befand sich bei Kriegsausbruch als Leutnant der Reserve bei der 4.MG.(E) Kompanie des Infanterieregiments 9 in Potsdam. Er erhielt den Auftrag, zu Besprechungen zum Generalfeldmarschall und dann zum Führer zu kommen.

Herr Reichsminister Dr.Frank begab sich am 12.September 1939 nach Rosenberg/Schles. zum Sonderzug des Generalfeldmarschalls und am 15.September in das Führerhauptquartier bei Gogolin.

Der Führer erteilte Herrn Reichsminister Dr.Frank am 15.Sept. mündlich den Auftrag, als Oberverwaltungschef die gesamte zivile Verwaltung in den besetzten ehemals polnischen Gebieten zu übernehmen. Die mit Rücksicht auf die bestehende Militärverwaltung zunächst notwendige Unterstellung unter den Militärbefehlshaber solle baldmöglichst aufgehoben werden.

Herr Reichsminister Dr.Frank begann sofort nach der Rückkehr nach Berlin mit den Vorarbeiten und berief auf Grund zahlreicher Besprechungen mit den einzelnen Ministerien einen Organisationsstab. Nach schriftlicher Bestätigung des Auftrages des Führers übernahm Herr Reichsminister Dr.Frank seine Dienstgeschäfte zunächst in Posen. Die Eingliederung grosser Gebietsteile in das Reich machte die Übersiedlung nach Lodsch erforderlich.

H0703-0027

Die Militärregierung war mit dem 25.Oktober 1939 beendet. Mit diesem Zeitpunkt übernahm Herr Reichsminister Dr.Frank als Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete endgültig in unmittelbarer Unterstellung unter den Führer die Verwaltung des Generalgouvernements.

H0703 – 0028

2233 - PS

Franks Tagebuch 1939 Seite 4 Eintragungen v.28.1o.1939

Oberregierungsrat S c h e p e r s wurde beauftragt, die Interessen des Generalgouvernements in Berlin zu vertreten und dort die Notwendigkeit der Erhaltung der Lebensfähigkeit des Generalgouvernements zu betonen.

H0703 – 0029

2233 - PS

Franks Tagebuch Seite 45 Eintragungen vom 8.11.1939

Landesbauernführer K ö r n e r berichtete über die landwirtschaftlichen Fragen: Das Generalgouvernement benötige einen Zuschuss an Brotgetreide von 200 000 t und an Zucker von 50 - 60 000 t. Ein Überschuss bestehe bei Futtergetreide und bei Kartoffeln (200 000 t). Der Getreidezuschuss sei nicht schlimm, an Westpreussen und Posen einen Überschuss von 350 000 t mehr. Es komme hinzu, dass dort die Produktion sehr stark gesteigert werden könne. Es müsse eine zentrale Stelle für die Einfuhr von Getreide aus dem Reich geschaffen werden. Der höhere Preis des Getreides aus dem Reich könne durch die Ausfuhr von Geflügel usw. ausgeglichen werden. In den meisten Gebieten seien 80 % einer normalen Feldbestellung durchgeführt worden. Der Führer habe selbst D a r r e' gegenüber entschieden, dass das Reich dem Generalgouvernement das Brotgetreide zur Verfügung zu stellen habe.

H0703 - 0030

2233 - PS

Franks Tagebuch 1939 Seite 57 Eintragungen v.1o.11.1939

Landesbauernführer K ö r n e r legt Herrn Generalgouverneur sein Ernährungsprogramm vor und erhält den Auftrag, wegen der Lieferung von 5 000 t Getreide wöchentlich mit dem Ernährungsministerium zu verhandeln. Der Preisunterschied zwischen dem deutschen und polnischen Getreide werde aus Etatmitteln des Genralgouvernements gedeckt werden.

H0703 - 0031

2233 - PS

Abteilungsleitersitzung 1939/1940 Seite 5-7 Eintragung v.8.3.1940

Der Generalgouverneur:

Das eine ist sicher: Die Autorität des Generalgouvernements als Repräsentanten des Führers- und Reichswillens in diesem Gebiet ist allerdings stark, und ich habe darüber niemals einen Zweifel gelassen, dass ich mit dieser Autorität nicht spielen lasse . . .

. . . Dies war umso notwendiger, als die Versuche dazu ja bereits gesetzgeberischen Niederschlag gefunden hatte. Ich erinnere an die Verordnung über die Beschlagnahme des polnischen Staatsvermögens, die Herr Generalfeldmarschall Göring unter hundert anderen Briefen mit unterzeichnet hat. In diese Verordnung war auch das Generalgouvernement einbezogen. Auf meine Beschwerde dagegen hat Herr Generalfeldmarschall Göring denn auch am 12.Februar 1940 verfügt, dass diese Verordnung im Generalgouvernement keinerlei Anwendung findeund es daher bei der Verordnung des Generalgouverneurs bleibe, die am 15.November erlassen worden ist. Das gleiche gilt für den Versuch, den die SS einmal am 15. oder 16. Dezember 1939 gemacht hat, wo der Reichführer SS auch mit Wirkung für das Generalgouvernehment verfügen wollte, dass die gesamten Kunstschätze und sonstigen Werte der SS zugesprochen würden. Auf meine Beschwerde hin ist auch diese Verfügung aufgehoben worden. Das gleiche galt und gilt für die wiederholten Versuche der Treuhandstelle Ost, des Herrn Winkler, in unserem Generalgouvernehment irgendwie autoritär Fuss zu fassen. Auch hier hat der Herr Generalfeldmarschall am 12.Februar 1940 endgültig entschieden, dass die Treuhandstelle Ost im Generalgouvernement nicht das geringste mehr zu suchen habe.

HO703-0032

2233 - PS

Abteilungsleitersitzung 1939/1940 Seite 11 - 12 Eintragung vom 8.3.1940

Der Generalgouverneur:

Damit eng zusammenhängt die eigentliche Führung Polens. Vom Führer ist mir aufgegeben worden, das Generalgouvernement als Heimstätte des polnischen Volkes zu betrachten. Damnach ist keineirgendwie geartete Germanisierung möglich. Ich bitte Sie, in Ihren Ämtern strengstens auf die Zweisprachigkeit sehen zu wollen; ich bitte Sie auch, bei den Distrikten und Kreishauptmannschaften darauf hinzuweisen, dass dieser Sicherung des polnischen Eigenlebens nicht in gewalttätiger Weise entgegengetreten wird. Wir haben hier demnach vom Führer in gewissem Sinne die treuhänderische Pflege des polnischen Volkstums übernommen. Der Führer gedenkt ja einmal bei den kommenden Auseinandersetzungen mit den Westmächten seine Polenpolitik unter diesen Stern zu stellen. Das imperiale Bewusstsein, das im dritten Reich nunmehr aufsteigt, das im Generalgouvernement seinenersten Ausdruck gefunden hat, macht es uns zur Pflicht, nichtdeutschen Volksstämmen und Völkern, die unter die Herrschaft des Deutschen Reiches geraten sind, die Eigenart ihres Lebens, wenn es mit den Interssen des deutschen Volkes vereinbar ist, sicher zu stellen. Wie sollten sonst andere Völker die Lust verspüren, unter deutschen Schutz zu kommen. Es ist klar, dasswir in diesem Sinne auch hier gewisse Verpflichtungen haben.

Demnach ist es so, dass hierein voller Wandel stattgefunden hat. Das wird sich auf den verschiedensten Gebieten ausprägen. Wir werden in gewissem Umfange nunmehr wieder Bildungs-

H0703-0033

möglichkeiten für die Polen zulassen müssen. Auf den Gebieten des ärztlichen und technischen Fachstudiums werden wir Abschlussprüfungen an den Universitäten wieder zulassen. Wir werden das Fachschulwesen des polnischen Volkes wieder in dem Umfange in Kraft setzen, dass es etwa die tiefste Stufe der deutschen technischen Mittelschule erreicht.

H0703 – 0034

2233 - PS

Abteilungsleitersitzung 1939/1940 Seite 13 Eintragung vom 8.3.1940

Der G e n e r a l g o u v e r n e u r :

Auf jeden Fall muss mit dem Willkürregiment einzelner Dienststellen gebr ochen werden. Ich bitte vof allem, mit Nachdruck dafür zu sorgen, dass bei Beamten, die aus dem Reich kommen und die noch die Vorstellung haben, als ob das Generalgouvernement eine Heimstätte beutelüsterner Abteilungen sei, diese Vorstellung schon in der ersten Zeit des Erscheinens gebrochen wird. Es ist klar, dass diese Änderung in den wesentlichen Voraussetzungen der Polenbehandlung zwangsmässig kommen musste.

H0703 - 0035

2233 - PS

Abteilungsleitersitzung 1939/1940 Seite 34 Eintragung vom 19.1.40

Dr. Walbaum: Der Stand des Gesundheitswesens im Generalgouvernement ist zufriedenstellend. Es ist auf diesem Gebiet bisher schon viel geleistet worden. In Warschau allein sind 700 000 Typhus-Schutzimpfungen durchgeführt worden. Das ist eine selbst für deutsche Verhältnisse ungeheuerliche Ziffer; das ist geradezu ein Rekord. Es ist uns auch gelungen, desTyphus Herr zu werden, wenigstens ihn zurückzudrängen. Der Typhus ist in merklichem Rückgang begriffen. Immerhin mag man daraus ersehen, von welchen Gefahren wir dauernd bedroht werden. Daher habe ich auch vorgeschlagen, Amtsärzte bis zu den Kreishauptmannschaften heruter einzusetzen. Bei dem grossen Arbeitseinsatz müssen wir auch dafür sorgen, dass die Leute in bestimmten Abständen entlaust werden. Die Zahl der Entlausungsanstalten ist aber noch gering. Ich würde empfehlen, in den einzelnen Distrikten Entlausungsanstalten zu errichten. Ihre Zahl kann nicht hoch genug sein. Zurzeit haben wir etwa ein halbes Dutzend Entlausungsanstalten; wir brauchen aber mindestens 30, und zwar zunächst in Lublin und Radom je zwei. In Radom ist eine Anstalt bereits in der Errichtung begriffen. Die Kosten betragen etwa 10.000 RM. An der Kostenfrage darf diese Sache nicht scheitern; das Geld ist gut angelegt.

H0703-0036

Abteilungsleitersitzung 1939/1940 Seite 24-25 Eintragungen vom 1o.5.194o

---

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, dass gegen Treuhänder, denen irgendeine Unregelmässigkeit nachgewiesen werden könnte, die schärfsten Massnahmen ergriffen werden. Vor der Bestellung eines Treuhänders müssen auch genaueste Nachprüfungen seiner persönlichen Verhältnisse stattfinden, Strafregisterauszüge müssen verlangt werden usw.

H0703 – 0037

Franks Tagebuch 194o Band I Seite 95 Eintragung v, 19.2.194o

... Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ist weiter der Auffassung, dass sich das Bedürfnis nach offizieller Auslegung des polnischen Rechts mehren werde. Man werde wohl zu einer Art polnischen Regierungs- oder Regentschaftsrats kommen, und der Leiter des polnischen Gerichtswesens würde dann für eine solche Aufgabe zuständig sein. Für die polnische Rechtsabteilung müsse ein zuverlässiger Pole genommen werden.

Franks Tagebuch 194o Band I Seite 93/94 Eintragung v. 19.2.194O

... Nach Abschluss der Beratungen über die Verordnungen bezeichnet der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r es als zweckmässig, von diesen Verordnungen auch in der Presse zu berichten, um damit zu zeigen, dass sich die Deutschen nicht in die innerpolnischen Rechtsverhältnisse einmischten. Es sei wichtig, festzustellen, dass das polnische Volk nach dem ihm gemässen Recht leben könne. Wenn jetzt das polnische Recht in Anwendung gebracht werde, dann werde es sich wie jedes Recht auch weiter entwickeln ...

H0703 – 0038

Franks Tagebuch 1940 Band I Seite 129 - 130 Eintragungen vom 26.2.1940

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bringt in diesem Zusammenhang den Wunsch des Generalfeldmarschalls Göring zum Ausdruck, die deutsche Verwaltung so aufzubauen, dass das polnische Leben als solches gesichert sei. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass Warschau eine nunmehr der Germanisierung anheim gefallene Stadt sei, sondern Warschau solle nach dem Willen des Führers eine der Städte sein, die in dem Polen zugedachten Reststaat als polnisches Gemeinwesen weiterbeständen. Eine Verdeutschung oder Germanisierung sei vollkommen fallen zu lassen. Daraus folge weiter, dass gerade in gemeindlichen Sektor, zu dem jetzt Warschau vor allem gehöre, die polnische Selbstverwaltung möglichst praktisch in Erscheinung trete. Sowohl die Schilder der Ostbahn wie die Strassenbezeichnungen und die Anschriften an den Läden dürften nie den Eindruck erwecken, als ob eine gewaltsame Germanisierungstendenz Platz griffe. Was hier geschehe, geschehe im Auftrag des Reiches und des Führers, und darauf schaue die ganze Welt. Wo eine polizeiliche Kontrolle notwendig sei, wie z. B. bei Preisaufschriften, sei die deutsche Sprache in erster Linie zu verwenden. Bei Verordnungen sei immer der polnische Text zu veröffentlichen. Rein deutsche Bekanntmachungen gebe es nur, soweit sie sich lediglich an die Deutschen in Warschau richteten. Weiter müsse durchaus die Möglichkeit bestehen, dass auch die anderen Volksstämme, die in Polen gelebt hatten, die gleiche Behandlung erführen, was vor allem für die Ukrainer gelte. Hier müsse so vorgegangen werden, dass nach aussen eine gewisse Auflockerung eintrete.

H0703 - 0039

Franks Tagebuch 1940 Band I Seite 192 Eintragung vom 26.2.1940

. . . Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Universitäten und Mittelschulen gesperrt worden seien. Auf die Dauer gesehen sei es aber unmöglich, dass etwa eine ärztliche Fortbildung nicht mehr stattfände. Auch das polnische Fachschulwesen müsste wieder in Gang gebracht werden, und zwar unter Beteiligung der Stadt.

H0703 – 0040

2233 - P S

Franks Tagebuch 1940 Band I Seite 148 - 149 Eintragung v. 1.3.40

Besprechung mit Oberregierungsrat Schulte-Wissermann.

Oberregierungsrat Schulte-Wissermann bemerkt auf Fragen des Herrn Generalgouverneurs, dass er seit 12 Jahren beim Preiskommissar tätig sei. Er habe die Preisbildungsstelle in Koblenz bis 1938 geleitet und dann diePreisbildungsstelle Wien übernommen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r führt Oberregierungsrat Schulte-Wissermann mit längeren Ausführungen in die Aufgaben seines Amtes ein. Er habe das Generalgouvernement seinerzeit im Zustand völliger wirtschaftlicher Unausgeglichenheit übernommen. Alle Werte seien schon mehr oder weniger verloren gewesen. Für ihn handele es sich jetzt darum, den Zloty-Kurs einigermassen zu halten, damit er nicht in den Abgrund sinke, und ferner eine ganz rigorose Preissteuerungspolitik zu führen. In seiner Stellung werde Oberregierungsrat Schulte-Wissermann das unmittelbare Recht ihm gegenüber haben, auf Notstände aufmerksam zu machen, Verordnungen anzuregen, Vollmachten anzuordnen usw. Er werde an dem Prinzip nicht rütteln lassen, dass das Generalgouvernement am 1. April einen ausgeglichenen Etat habe. Es werde aber von ihm bewusst eine Inanspruchnahme der Emissionsbank für gewisse ausserordentliche Ausgaben stattfinden, die dann ihren Platz im ausserordentlichen Haushalt fänden. Weiter gehe sein Bestreben dahin, den Zloty etwa in seiner gegenwärtigen Höhe zu halten. Auch die Ernährungsfrage spiele hier insofern mit hinein, als ja das vom Reich gelieferte Getreide bezahlt werden müsse.

H0703 - 0041

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band I Seite 154 Eintr gung vom 1.3.1940

. . . Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt in diesem Zusammenhang bekannt, dass jetzt die Weisung ergangen sei, der polnischen Entwicklung, soweit es in dem Rahmen der Interessen des Deutschen Reiches möglich sei, freien Raum zu gewähren. Man gehe jetzt davon aus, dass das Generalgouvernement die Heimstätte des polnischen Volkes sei.

H0703 – 0042

Franks Tagebuch 1940 Band I Seite 171 Eintragung vom 6.3.1940

In der Besprechung wird dann die Frage der Verschickung polnischer Landarbeiter ins Reich behandelt. Hier weist Dr. Frauendorfer darauf hin, dass aus dem Gebiet von Lublin früher niemals Arbeiter ins Reich gegangen wären, woraus sich selbstverständlich gewisse Schwierigkeiten ergeben. Im übrigen seien von den Landarbeitern schon zahlreiche an die Familien gerichtete Briefe aus dem Reich gekommen, in denen sich die polnischen Landarbeiter sehr anerkennend über ihre Behandlung in Deutschland aussprechen.

H0703 – 0043

Franks Tagebuch 1940 Band I Seite 196 Eintragungen vom 12.9.1940

Über die Besprechung der Frage der polnischen Landarbeiter und deren Behandlung im Reich u. a.

Am Freitag, den 12. März 1940, nachmittags 16 Uhr in Berlin, Regerstrasse.

Anwesend: Generalgouverneur Dr. Frank
General Bürmann
Ministerialdirektor Behrendt
Referent im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Reichert
Referent Matzke
der Bevollmächtigte des Generalgouverneurs Dr. Neuber

Generalgouverneur Dr. Frank bezeichnet die Frage der Stellung von polnischen Landarbeitern nach Deutschland als eine ausserordentliche schwierige.

Seite 197

Generalgouverneur Dr. Frank betont, dass man zwar mit Gewalt nach der Methode des Sklavenhandels bei genügendem Polizeiaufgebot und bei Aufbringung genügender Transportmittel eine entsprechende Zahl von Arbeitskräften zusammenbringen könne, dass aber aus einer Reihe von Gründen das Mittel der Propaganda unter allen Umständen den Vorzug verdiene. Das wichtigste sei, dass die Leute an ihre Familien in Polen Geld schicken könnten. Die Briefe, in denen polnische Arbeiter ihre Zufriedenheit mit der Unterbringung usw. in Deutchland zum Ausdruck brächten, müssten veröffentlicht werden.

H0703 - 0044

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band II Seite 320, 321 Eintragung vom 19.4.1941

Seite 320

Empfang einer Goralenabordnung im Fahnensaal der Burg.

Anwesend sind: Der Herr Generalgouverneur,
Gouverneur Dr. Wächter
Reichsamtsleiter Dr. Frhr. du Prel,
Hauptschriftleiter Zarske,
Dr. Dressler,
Dr. Arlt,
Dr. Gassner und
eine Anzahl Pressevertreter,

.....

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erwidert:

Seite 321

. . . Wir sind nicht in dieses Land gekommen, um zu unterdrücken, sondern um jeden Stamm, der hier friedlich seiner Arbeit nachgeht und loyal seine Pflichten als Bürger erfüllen will, Freiheit, Glaube, Eigentum und Arbeit sicherzustellen. Ich bin gerne bereit, die Wünsche und Sorgen der Goralen entgegenzunehmen, weiss ich doch, welchen gesunden, kräftigen und loyalen Stamm der Bevölkerung des Generalgouvernements die Goralen darstellen. Wir werden ihr Eigentum, ihren Glauben, ihre Tracht und ihre Eigenheiten sicherstellen und hoffen, dass es dem Goralenstamm im Generalgouvernement gut gehen werde.

H0703 – 0045

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band II Seite 344, 345

Eintragung vom 23.4.40

Seite 344

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r kommt dann auf das Treuhandwesen zu sprechen, das seiner Ansicht nach absolut unuebersichtlich sei. Hier bestehe die Gefahr, dass ein Treuhaender aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zuletzt an sich selbst denken werde.

Generalmajor Buehrmann weist darauf hin, dass es in Krakau allein 750 Treuhaender gebe, im gesamten Distrikt Krakau 3000.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r kann ein Beduerfnis fuer diese Vielzahl von Treuhaendern angesichts der Tatsache nicht einsehen, dass doch viele Unternehmungen von Polen geleitet werden koennten. Das Generalgouvernement verfolge doch lediglich den Zweck, auch in wirtschaftlicher Beziehung der polnischen Nation einen Schutz zu bieten. Er moechte beinahe annehmen, dass man mit Polen besser fahre als mit diesen selbstherrlichen Treuhaendern. . . .

H0703 – 0046

2233 - PS

Franks Tagebuch 194o Band II Seite 529, 53o, 531, 532

Eintragungen vom 25.5.194o

Seite 529

Der Herr Generalgouverneur empfaengt den Praesidenten des polnischen Appellationsgerichts fuer den Distrikt Radom, Bronschinski, mit den Senatspraesidenten und den Richtern zur

Seite 53o

Entgegennahme der Meldung ueber den Abschluss der Vorbereitungen zur Eroeffnung des polnischen Appellationsgerichts, Praesident Bronschinski:

H0703 – 0047

Anschliessend ergreift der Herr G e n e r a l l g o u v e r - n e u r das Wort:

Meine Herren !

. . . . Der Krieg, den der Fuehrer mit der polnischen Republik von Versailles zu fuehren hatte, war kein Krieg gegen das polnische Volk, als dessen Repraesentanten Sie nunmehr hier stehen. Voelker sind meist am Krieg unschuldig. Daher erklaere ich Ihnen, dass, soweit es mit der Macht und den Kriegsnotwendigkeiten des Deutschen Reiches irgendwie vereinbar ist, die loyale Gesinnung, die in einer internen polnischen Rechtsfindung sich formt, des Schutzes des Fuehrers und Reiches sicher sein darf. Wir wollen hier nicht irgendwie einen Ausrottungskrieg gegen ein Volkstum fuehren. Der Schutz des Reiches ueber das polnische Volk in dieser deutschen Interessenzone bedeutet fuer Sie die Moeglichkeit, sich getreu den Ueberlieferungen Ihres Volkes zu entwickeln.

H0703 – 0048

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band II Seite 613
Eintragung vom 18.6.1940

Seite 613

Besprechung mit Staatssekretaer Dr. Muehlmann und Hofrat Watzke.

Aus Anlass der Uebergabe der Geschaefte der Leitung der Abteilung fuer Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung werden die grundsaetzlichen Fragen des gesamten Erziehungswesens im ganzen Generalgouvernement besprochen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfuegt, dass etwa bis 1o. Juli ein Sammelbericht ueber die bisherige Arbeit der Abteilung ihm vorgelegt wird. In der gleichen Zeit soll dann eine gemeinschaftliche Besprechung aller Erziehungsfragen des Generalgouvernements mit den Leitern der Erziehungsabteilungen bei den Distriktschefs stattfinden.

Bezueglich der juedischen Volksschulen bestimmt der Herr Genralgouverneur die Uebertragung der Anwendung des im Deutschen Reich geltenden Systems auf dem Gebiete der Judenerziehung auf das Generalgouvernement. Demnach werden die Aeltesten-Raete die Erlaubnis bekommen, Schulen fuer juedische Kinder aus eigenen Mitteln zu erhalten, unter steter Aufsicht der deutschen Behoerden.

In Ergaenzung des polnischen Volksschulunterrichtes wird das Fachschulwesen auch fuer die Polen freigegeben. Die Polen koennen demnach eine fachliche Ausbildung nach Art eines deutschen einfachen Technikums geniessen. Dasselbe wird zugebilligt fuer die kunsthandwerkliche Fachausbildung auf allen Gebieten, insbesondere auf den Gebieten der Musik und Malerei usw.

Des weiteren verfuegt der Herr Generalgouverneur die demnaechstige Rueckfuehrung der noch von der Treuhandstelle verwalteten Staatsgebaeude des Erziehungswesens in die Verwaltung der Abteilung Erziehung und Unterricht. Zu diesem Zweck wird der Abteilungsleiter Hofrat Watzke einen besonderen schriftlichen Antrag mit genau detailliertem Ansuchen dem Herrn Generalgouverneur vorlegen.

H0703 — 0049

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band III Juli - September

Seite 653, 654, 655

Besprechung mit Ministerialrat Plodeck und Ministerialdirigent Dr. Emmerich.

Gegenstand der Besprechung sind die Pachtvertraege, die hinsichtlich der grossen vormals staatlichen Werke abgeschlossen sind bezw. abgeschlossen werden sollen.

H0703 – 0050

Seite 654

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet abschliessend an, dass ihm der Entwurf einer Verordnung ueber die Durchfuehrung und Sicherstellung der Wirtschaftsgebarung in den Staatsbetrieben des Generalgouvernements vorgelegt werde. In dieser Verordnung muesse festgestellt werden, dass die treuhaenderisch erfassten Betriebe, die bis zum Ausbruch des Krieges im Eigentum des polnischen Staates gestanden haetten, nunmehr Staatsbetriebe des Generalgouvernements seien, muesse allein das Generalgouvernement bezw. der Generalgouverneur als Rechtsnachfolger des polnischen Staates auf Antrag einer staatlichen Stelle des Generalgouvernements eingetragen werden.

H0703-0051

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band III Juli - September

Seite 692

Empfang des GeneraloberSten von Kuechler in Gegenwart des Generals d. Inf. Freiherr von Gienanth, Generalmajor Brauner, Oberstleutnant von Tschammer und Osten und eines Adjutanten.

. . . . . .

Der Herr Generalgouverneur wiest dann auf die im Generalgouvernement immer noch bestehenden Ernaehrungsschwierigkeiten hin und bittet den Herrn Generaloberst, dafuer Sorge zu tragen, dass die neu einruecken-den Truppen in ihrer Verpflegung und sonstigen Versorgung moeglichst nicht die Ernaehrungslage des Generalgouvernements belasteten. Vor allem muessten jegliche Beschlagnahmen unterbleiben.

H0703-0052

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band III Juli - September

Seite 738

Besprechung mit Staatssekretaer Dr. Buehler und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Der Hinweis des Staatssekretaers Dr. Buehler, dass demnaechst ein Vertreter des OKW. mit ihm ueber die Anlage von Truppenuebungsplaetzen verhandeln werd, veranlasst den Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r zu der Erklaerung, dass er sich in dieser Frage seine Entscheidung noch vorbehalten muesse. Zunaechst einmal muesse festgestellt werden, ob ueberhaupt angesichts des Erlasses des Fuehrers vom 8. Juli, nach welchen das ganze Gebiet des Generalgouvernements pfleglich zu behandeln sei, Truppenuebungsplaetze errichtet werden sollen. Ferner muesse er, der Generalgouverneur, genau Bescheid wissen, wohin diese Truppenuebungsplaetze kommen, welchen Umfang sie haben sollten und ob bei ihm offiziell ein Antrag gestellt werde. Auch habe er zunaechst starke Bedenken dagegen, dass in diese Frage eine Umsiedlungsgesellschaft eingeschaltet werde. Das Eigentum des Gelaendes muesse beim Generalgouvernement bleiben, es koenne nur eine Beschlagnahme unter Vorbehalt des Eigentums des Generalgouvernements erfolgen.

H0703-0053

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band III Juli - September

Seite 798

Besprechung mit Abteilungspraesidenten Dr. Frauendorfer.

Seite 799 - 800

Der Herr Generalgouverneur trifft folgende Anordnung:

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh erhaelt den Aftrag, ein Rechtsgutachten zu dem Zweck zu erstatten, ein fuer allemal und staatsautoritaer im Namen des Generalgouvernements feststellen zu koennen, dass alle Eigentumrechte des frueheren polnischen Staates nach der bekannten Verordnung des Generalgouverneurs ueber die Beschlagnahme polnischen Staatseigentums als in das Eigentum des Generalgouvernements uebergefuehrt anzusehen sind.
Es ist festzustellen, dass insbesondere das Eigentum des polnischen Staates an Immobilien, an Werken, an Grund und Boden aller Art auf das Generalgouvernement uebertragen wird. Diese Uebertragung ist durch die Abteilung "Inneres" im Benehmen mit der Abteilung Justiz auch formal in den Grundbuechern usw. nunmehr vorzunehmen.

H0703-0054

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band III Juli - September

Seite 819

Besprechung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s mit Obermedizinalrat Dr. Walbaum und Dr. Franke.

H0703-0055

Dr. Walbaum kommt dann noch auf die Medizinische Akademie zu sprechen, deren Einrichtung in Kuerze geplant sei.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r , erklaert hierzu, dass, wenn diese Akademie als Anstalt des Generalgouvernements gedacht sei, ein Etat aufgestellt werden muesse. Es muesse bis Mitte Oktober ein genauer Plan vorliegen, der ueber die Aufgaben, den Aufwand, den Personalbedarf und die benoetigten Gebaeude der Akademie Aufschluss gebe. . .

H0703-0056

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band III Juli - September

Seite 865

Empfang des Reichsbankvizepraesidenten Puhl in Anwesenheit von Staatssekretaer Dr. Buehler, Reichsbankdirigenten Dr. Paersch und Oberregierungsrat von Streit.

Seite 869 - 870

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r Stellt dann noch fest, dass es vor allem gelungen sei, die Preispolitik in die Hand zu bekommen. Eigentlich habe man bis vor kurzer Zeit nur einen Schleichhandel gehabt. Aber es sei doch nunmehr gegluckt, fuer Brot, Eier, Fleisch die Preise bestimmen zu koennen. Im Vergleich zu den Verhaeltnissen im Januar sehe es heute im Generalgouvernement in dieser Beziehung wesentlich besser aus.

H0703-0057

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band III Juli - September

Seite 909 - 910

Feierliche Einfuehrung des Metropoliten Dionysius in sein Amt als Oberhaupt der orthodoxen Kirche des Generalgouvernements.

H0703-0058

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erwidert darauf:

Ich nehme diese Erklaerung des Metropoliten im Namen des Fuehrers und Reiches entgegen. Ich bin ergriffen von der Bedeutung dieser historischen Stunde, die die Voraussetzung schafft, dass zum ersten Mal ein der ukrainischen Nationalitaet angehoerender Bischof geweiht werden soll, Ich bin ueberzeugt, dass dies zum Segen des im Generalgouvernement lebenden ukrainischen Volkes gereichen wird. Ich moechte die Herren vergewissern, dass ich ihnen auch in den Handlungen, die zur Vorbereitung dieser Weihe notwendig sind, beistehen und insbesondere auch den persoenlichen Schutz des Herrn Bischofs nach wie vor mit allem Nachdruck gewaehrleisten werd. Moege es zum Segen der Kirche sein, einer Kirche, die so viele traurige Tage erlebt hat, die aber nun unter dem Schutze des Deutschen Reiches einer gluecklichen Zukunft entgegengehen soll.

H0703-0059

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band IV Seite 922 Eintragung v.5.1o.40

. . . Der Herr Generalgouverneur wird von dem Leiter der Abteilung Völksaufklärung und Propaganda des Distrikts Warschau. Regierungsrat Ohlenbusch, abgeholt und begibt sich zur Grosskundgeben der NSDAP. nach dem Gebäude der "Roma".

Seite 930

Der G e n e r a l g o u v e r n e u r führt aus:

. . . Ein gewaltiges Programm der Intensivierung der Landwirtschaft zwecks Sicherung der Ernährungsbasis ist in Angriff genommen worden. Ein grosses Bauprogramm wird bereits seit vielen Monaten ununterbrochen durchgeführt. Ganze Stadtviertel erstehen unter der Führung der Deutschen in diesem Gebiet. Strassen werden ausgebaut, Eisenbahnen wieder hergestellt, die postalischen Verbindungen ausgebaut auf den modernen Stand und daher auch in zunehmendem Masse der Wert der Arbeit in diesem Gebiet sichergestellt. . .

H0703-0060

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band IV Eintragungen v.9.1o.194o

Seite 963

Feierliche Eröffnung der Radomer Herbstmesse . . .

Aus der Rede des Generalgouverneurs:

Seite 966 - 967

. . . Die Aufgabe der polnischen Bevölkerung gegenüber wird oft erörtert. Ich möchte hier eins sagen: Die vom Führer befohlene Führung dieses Gebietes durch Deutsche bedeutet, dass dem Deutschen Reich dieses Gebiet des Generalgouvernements als Lebensraum der polnischen Bevölkerung sichergestellt ist. Es ist klar, dass wir weder entnationalisieren wollen, noch germanisieren werden. Die Polen sollen entsprechend ihrer Lebensart und den charakteristischen Merkmalen ihrer eigenen Neigungen sich durchaus entwickeln können, vorausgesetzt, dass sie die vom Führer in diesem Raum befohlene Ordnung restlos anerkennen und ein für allemal eingesehen haben, dass das Spiel mit der Selbstständigkeit, mit der Souveränität in diesem Raum wird für alle Zukunft die des Führers des Deutschen Reiches sein. Und keine andere! Aber in diesem Raum wollen wir den Polen auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten geben. Das ist zweckmässig, es liegt in Interesse aller, die in diesem Raum leben, es liegt auch im Interesse des Deutschen Reiches; denn die Arbeitskraft dieser Bevölkerung hat sich schon in grossen Umfange bewährt, und ich möchte nicht verfehlen, auch in meiner Eigenschaft als oberster Chef der Verwaltung in diesem Gesamtgebiet die teilweise sehr loyale Haltung der Tausenden von polnischen Beamten und Angestellten anzuerkennen, die nun schon seit einem Jahr im Dienste der deutschen Verwaltung stehen. . .

H0703-0061

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band IV Seite 994 Eintragung v.17.1o.40

. . . Anschluss an die Besprechung macht Unterstaatssekretär Kundt von einer Verfügung des Distriktchefes von Warschau Mitteilung, nach welcher für die Errichtung eines deutschen Viertels in Warschau polnische Häuserblocks geräumt werden sollten. Er gebe zu bedenken, dass eine solche Verfügung gegen den Willen des Generalgouverneurs verstosse, nach welchen die Eigentumsrechte der polnischen Bevölkerung sicher gestellt werden müssten.

Der Herr Generalgouverneur weist Unterstaatssekretär Kundt an, der Warschauer Dienststelle zu übermitteln , dass diese Verfügung mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird.

H0703-0062

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band IV Seite 1o26 - 1o27

Eintragung vom 27.1o.1940

Besprechung mit Reichsaussenminister Seldte.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r geht dann auf die Besprechung ein, die er mit dem Führer und Reichskanzler am 2.Oktober gehabt hat. Der Führer habe sich bei dieser Besprechung an dem Verhältnis Generalgouvernement-Reich vor allem hinsichtlich der Frage der Entlohnung der polnischen Arbeiter interessiert gezeigt, die sich im Reich befinden. Er, der Generalgouverneur, habe sich beim Führer darüber beschwert, dass den polnischen Landarbeitern der Lohn um 50 % reduziert worden sei. Ferner sei dieser Lohn zum grössten Teil überhaupt für Zwecke verwendet worden, die dem Gedanken dieses Arbeitskräfteaustausches völlig widersprechen. Massgebend sei vor allem der Umstand, dass ein grosser Teil des Arbeitseinkommens dieser polnischen Landarbeiter für den Aufbau einer Sozialabgabe verwendet werde, mit der Wirkung, dass das Generalgouvernement aus staatlichen Mitteln die Fürsorge für die Familien übernehmen müsse, deren Ernährer im Reich arbeiten.

H0703-0063

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band IV Seite 1o29 - 1o3o
Eintragungen vom 27.1o.1940

Aus einer Besprechung mit Reichsarbeitsminister Seldte.

. . . Reichsminister Seldte hält es für angebracht, in einer Sitzung mit den beteiligten Ressorts durch einen prominenten Vertreter des Herrn Generalgouverneurs dessen Standpunkt in dieser Frage darlegen zu lassen. Er, der Reichsarbeitsminister, sei jedenfalls durchaus bereit, aus seiner eigenen Anschauung heraus die Wünsche des Herrn Generalgouverneurs vollauf zu vertreten. Er müsse aber als verantwortlicher Minister auch die Belange des Deutschen Reiches berücksichtigen, und seine Aufgabe sei es, den Einsatz der gesamten Arbeitskräfte des Deutschen Reiches zu lenken

Der Herr Generalgouverneur hält es nicht für notwndig, schon jetzt diese entfernter liegenden staatsrechtlichen und Staatsangehörigkeitsfragen mit den vorliegenden Problem in Zusammenhang zu bringen. Man könne wohl in einem Jahre mit gewissen Zwangsmitteln arbeiten, im nächsten Jahre werde es aber nicht wieder gelingen, sie ins Reich zu schicken, es sei denn, dass man die bereits im Reich befindlichen polnischen Arbeiter zwangsweise dortbehalte. Aber auch das sei kein erfreulicher Zustand, weil das Generalgouvernement finanziell darunter sehr leide und unter Umständen die Hilfe des Reiches auch auf diesem Gebiet in Anspruch nehmen müsste . . . .

H0703-0064

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Seite 1o85 Band IV

Eintragungen vom 29.11.1940

Besprechung mit Abteilungspräsidenten Hofrat Watzke.

Hofrat Watzke berichtet über die Entwicklung des Schulwesens im Generalgouvernement.

H0703-0065

Hofrat Watzke teilt weiter mit, dass zur Zeit seitens des Amtes des Reichsleiters Rosenberg Bestrebungen beständen, die sogenannte polnische Bibliothek in Paris für das Ahnenerbe in Berlin zu beschlagnahmen. Die Abteilung Schulwesen sei der Auffassung, dass die Bestände dieser polnischen Bibliothek in die Staatsbibliothek zu Warschau gehörten, weil sich bereits 17 000 Bände in Warschau befänden.

Seite 1o88

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, dass unverzüglich für die Überführung dieser polnischen Bibliothek aus Paris nach Warschau Sorge getragen wird.

H0703-0066

2233 - PS

Franks Tagebuch 1940 Band IV Seite LLLL - LLL2

Eintragung vom 2.12.1940

Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler,

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Polenaussiedlungen.

Staatssekretär Dr.Bühler ist ebenfalls der Meinung, dass über diese Frage grundlegend verhandelt werden müsse. Nach ihm zugegangenen Berichten kämen Landarbeiter aus dem Reich zum Teil in völlig trostlosen Zustande ins Generalgouvernement.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ersucht Staatssekretär Dr.Bühler, dafür zusorgen, dass genaue Tatbestände über solche Vorkommnisse aufgenommen werden.

H0703-0067

H0703-0068

2233 - PS

Franks Tagebuch, Arbeitssitzungen 1940 Januar - Oktober

Sitzung am 21.1.1940 Seite 1,4

B e s p r e c h u n g

über sofortige Massnahmen auf dem Gebiet der Preisgestaltung und Währung

K r a k a u ,Burg, 21.Januar 1940, 11 Uhr.

Anwesend:

Genralgouverneur Dr.Frank,Reichsminister Dr.Seyss-Inquart, MinDir.Dr.Bühler, Gen.Maj. Bührmann, Geheimrat Zetschke u.a.

Generalgouverneur Dr. F r a n k : Ich habe die Herren am heutigen Sonntag zusammenberufen, um Massnahmen mit sofortiger Wirkung auf dem Gebiet der Preisgestaltung und Währung zu beraten. Es ist an der Zeit, eine Entwicklung abzuschliessen, die bei längerer Dauer verhängnisvoll werden könnte. Es gilt, raschestens normale Verhältnisse auf dem Gebiet der Preise und der Währung herbeizuführen.

Seite 4

Generalgouverneur Dr. F r a n k :Man muss hier mit konkreten Dingen rechnen. Die Wehrmacht steht auf dem Standpunkt sie müsse soviel wie möglich aus dem Lande hier herausholen. Wir müssen mit der Berliner Vorstellung aufräumen, als ob Polen in Fett, Butter und Eiern schwimmt. Wir müssen mit der Preisregelung für die Lebensmittel sofort herauskommen; sonst schwimmt uns alles weg . . . .

2233 - PS

Franks Tagebuch, Arbeitssitzungen 1940 Januar - Oktober

Wirtschaftstagung 6. und 7.6.1940

Seite 1,6,7,8

Der Herr Generalgouverneur, Reichsminister Dr.Frank, eröffnet die Tagung mit folgender Ansprache:

Seite 6

... Dieser Beutebetrieb wirkt sich nun schon viel weiter aus.Hier muss ich aber sagen: Nach schwierigsten Verhandlungen und unter Einsatz meiner ganzen Person ist es mir gelungen, diesen Beutebetrieb mancher Berliner Zentrale einig rmassen einzudämmen. Vor allem hat mir dabei immer der Herr Generalfeldmarschall Göring geholfen. Wenn wir überhaupt hier aus dem Eigenen haben leben können, so ist das auf diesen 6 monatigen schweren Kampf zurückzuführen, den ich in Berlin um die Durchsetzung der eigenen Wirtschaftspolitik des Generalgouvernements geführt habe.

...Beutebetriebsunternehmungen, und wenn sie noch so getarnt sind durch weiss Gott welche Vollmachten, werde ich zur Strecke bringen. Und die kleinen Treuhänder werde ich genau so behandeln wie diese Gesellschaften, wenn sie sich diesen Notwendigkeiten nicht beugen. In diesem Raum ist keine Beute zu machen, hier ist ernste Arbeit im Dienste der Gemeinschaft unseres schwer ringenden deutschen Volkes zu leisten. Hier gibt es keinen privaten Vorteil. Dieses Kriegsministerium, das sich hier unter den verschiedensten Marken tarnt, wird ausgeräumt. Ich dulde auch nicht, dass irgendwelche öffentlichen Instanzen hier dazu übergehen, Ladengeschäfte zu eröffnen oder treuhänderisch zu verwalten, und dies tun in der Form irgendwelcher Körperschaften oder Gliederungen oder weiss der Kuckuck in welcher Form. . .

H0703-0069

2233 - PS

Franks Tagebuch, Arbeitssitzungen 1940 Januar - Oktober

Sitzung des Wirtschaftsrates am Samstag, den 15.Juni 1940, vormittags 10 Uhr.

Seite 1,4,5

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r führt einleitend aus:

Seite 4

... Das weitere Problem, das wir lösen müssen, besteht darin, dass wir zu einer Klarstellung des Verhältnisses zur polnischen Bevölkerung kommen müssen. Wir müssen uns klar werden; sollen wir die gesamte polnische Bevölkerung als völlig enteignet ansehen und bestimmen, dass kein Pole Privateigentum erwerben und vermehren darf, soll der Pole Hausbesitzer und Geschäftsinhaber bleiben und soll er überhaupt noch irgendeine Aktivität auf dem wirtschaftlichen Sektor entfalten können. Wenn wir diese Frage bejahen, kommt sofort die weitere Frage: soll mit dem Treuhänderschlendrian fortgefahren werden, oder zu einer Klärung dieses Treuhänderdaseins geschritten werden? Wie soll diese Klärung aussehen? Soll die Treuhänderei völlig beseitigt oder nur mehr unter gewissen Voraussetzungen geduldet werden? Wie soll die Versorgung der polnischen Bevölkerung vor sich gehen? Soll für die polnische Bevölkerung in steigendem Umfang Massenverpflegung zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt oder soll die Versorgung im Einzelhaushalt in den Vordergrund gestellt werden? Wie sollen wir uns verhalten gegenüber all den Fragen,

H0703-0070

H0703-0071

die mit dem Verhältnis von Preis und Lohn zusammenhängen, gerade auch gegenüber der polnischen Bevölkerung? Wie sieht es mit dem jüdischen Handel aus? Sollen die jüdischen Geschäfte bleiben? Alle diese Fragen sollen entschieden werden. Wir können nicht in dem Zwielicht der Anwendung nationalsozialistischer Rechtsgrundsätze und der Aufrechterhaltung polnischer Rechtsgrundsätze dauernd hin- und her schillern. Hier muss Klarheit geschaffen werden. Wir müssen uns fragen : Wie weit können wir gehen in der Anwendung der nationalsozialistischen Prinzipien gegenüber den Polen und wie weit müssen wir sie in ihrer eigenen Wirtschaft weiter bestehen lassen. Aus der Beuteperiode müssen wir jetzt in eine geregelte Form des Wirtschaftens kommen. Das ist umsomehr notwendig, weil diese Regelung ein wichtiger Bestandteil des Wirtschaftsplanes ist und im Verhältnis zum Reich grosse Bedeutung besitzt. Auch hier muss gesagt werden: wenn das Reich dauernd nur vom Generalgouvernement verlangt und nichts dafür vergüten will, so wird das einen absoluten Zusammenbruch der geregelten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Reich und Generalgouvernement zur Folge haben. Es wird notwendig sein, dass man vom Reich mit dem Beutecharakter Schluss macht und dass man sagt; ist eine geregelte Wirtschaft im Aufbau begriffen und infolgedessen muss nach geregelter Wirtschaftsauffassung auch eine Gegenleistung des Reiches stattfinden. Gerade der Gesichtspunkt der Abhängigkeit dieses Wirtschaftsgebietes vom Reich ist ausserordentlich beachtlich, denn er ist das Alpha und Omega unserer ganzen Wirtschaftsweisheit. . . . . .

Franks Tagebuch, Arbeitssitzungen 1940 Februar - November

A r b e i t s t a g u n g
der Abteilungsleiter, Kreishauptmänner und Stadthauptmänner des Distrikts Radom @4. und 25. Februar 1940.

Seite 1

Beginn: 17.45 Uhr.

Gouverneur Dr. Lasch begrüsst zunächst namens der Teilnehmer den Herrn Generalgouverneur sowie die Distriktchefs Dr. Wächter und Zörner, den Leiter der Rüstungsinspektion Generalleutnant von Barchhausen, und andere, und führt dann fort:

Herr Generalgouverneur!

Eine grosse Aufgabe hat unsere Abteilung Arbeit. Gilt es doch, dafür zu sorgen, dass in das Deutsche Reich zum Ersatz der fehlenden männlichen Arbeitskräfte polnische Arbeitskräfte als Landarbeiter und Landhelfer kommen, um für die Bestellung des deutschen Bodens zu arbeiten. Wir sind in der glücklichen Lage, Ihnen zu melden, dass bis zur Stunde aus dem Distrikt Radom bereits 12 ooo Landarbeiter ins Reich gebracht wurden, die dort eine fühlbare Hilfe zur Unterstützung unserer Bauern bei der Bestellung ihres Bodens bringen werde. Bei der Heranholung dieser Menschen haben sich interessante Vorfälle ereignet. Manche sind bis zu 7o km weit aus dem Lande zu der Stelle gekommen, von der die Züge abgefahren sind. In manchen kleinen Ortschaften haben sich Hunderte von Menschen gemeldet und sind mit Begeisterung zu den Zügen gegangen, die sie nach Deutschland bringen. In den Städten aber haben wir im Gegensatz zu der Freiwilligkeit des Kommens aus dem Lande schlechtere Erfahrungen gemacht. Hier scheint doch die feindliche Gegenpropaganda recht erhebliche Fortschritte gemacht zu haben.

H0703-0072

In manchen Fällen konnten wir feststellen, dass sdche angeworbenen Arbeiter, wenn sie wieder wegliefen, eingefangen und dann gefragt wurden, warum sie das taten, erklärten, sie hätten gehört, dass in Deutschland die Züge der polnischen Landarbeiter von englischen Fliegern bombardiert würden. Andere wieder wollten gehört haben, dass sie in Deutschland in der Kriegsindustrie und nicht in der Landwirtschaft eingesetzt würden usw. Mit Hilfe einer geschickten Propaganda ist es uns gelungen, dazu beizutragen, dass sich nach wie vor polnische Arbeiter melden, und wir glauben, dass wir doch eine grosse Anzal evtl. loo ooo, vom Distrikt Radom ins Reich als Landarbeiter werden schicken können.

Fortsetzung der Arbeitstagung am 25. Februar 1940.

Hierauf ergreift der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r das Wort zu folgenden Ausführungen:

Seite 13

Ich fasse daher nochmals alle Momente zusammen.

1. Das Generalgouvernement umfasst den Teil der besetzten polnischen Gebiete, der nicht Bestandteil des Deutschen Reiches ist.....
2. Dieses Gebiet ist zunächst vom Führer als Heimstätte des polnischen Volkes bestimmt worden. Das wurde mir in Berlin vom Führer und vom Generalfeldmarschall Göring immer wieder eingeschärft, dass das Gebiet nicht der Germanisierung ausgeliefert wird. Es soll gerade als Heimstätte des polnischen Volkes sichergestellt werden. Es soll ein im Namen des Deutschen Volkes der polnischen Nation zur Verfügung gestelltes Lebensreservat darstellen. Dagegen wird sehr häufig verstossen. Ich muss mich im Namen des Reiches dagegen verwahren, dass Sie etwa die Geschäftsaufschriften in polnischer Sprache nicht mehr dulden wollen oder dass, wie es die Eisenbahn macht, etwa Fahrpläne oder Eisenbahnbezeichnungen nur

H0703-0073

noch in deutscher Sprache erscheinen. Vergessen Sie nicht, dass ein solches Vorgehen einer der entscheidendsten Fehler wäre, den wir zum Nachteil des Führers machen könnten. Ich möchte mit absoluter Klarheit sagen, dass eine solche künstliche Germanisierungstendenz in diesem Gebiet der vom Führer gestellten Aufgabe widersprechen würde. Ich bitte Sie also, dafür zu sorgen, dass insbesondere die Eisenbahn, die Post und die öffentlichen Ämter die Zweisprachigkeit bei allen Verlautbarungen, Kundgebungen, und amtlichen Regelungen absolut beibehalten.

3. Nach den uns gegebenen Weisungen gelten jetzt auch hier nach der vom Führer gegebenen Verordnung die polnischen Gesetze weiter....

Wenn ich aber die produzierenden Menschen fördern soll, dann muss ich auch dafür sorgen, dass zumindest dem polnischen Arbeiter und Bauern eine gesicherte Arbeitsmöglichkeit erhalten wird. Ich muss ihm daher seinen Arbeitslohn sichern, ich muss ihm aber auch sichern, dass er dafür die Ernährung bekommt, die er braucht. Ich muss eine Preispolitik treiben, die diesen Reallohn sicherstellt, muss aber bei dieser Preispolitik auch wieder auf die Währungsfrage Rücksicht nehmen, mir also darüber klar werden, wie ich den Zloty sichere. Ich brauche dann wieder eine irgendwie ausgeglichene Wirtschaftsbilanz im Generalgouvernement, ich muss mich fragen, woher ich die Polen für meine Produktionsstätten bekomme und wie es möglich ist, durch die Ausfuhr des Generalgouvernements die Handelsbilanz möglichst zu sichern.

So wird sich allein aus einem dieser drei Faktoren ein völlig neuer Aufbau ergeben. Wenn ich die Produktionsstätten sichern soll, dann muss ich den agrarischen Boden sichern. Ich muss ihn betreuen, ich muss den Wald betreuen, die Häuser, die Fabriken; darüber hinaus die Städte und Dörfer, in denen diese Arbeit vor sich geht. Ich muss auch weiter alle Transport-

H0703-0074

möglichkeiten in den Dienst dieser Sache stellen. ...

.... Ich Möchte nur darauf hinweisen, dass alle Versuche, die von verschiedenen Zentralen gemacht worden sind, das Generalgouvernement doch allmählich in den Rang einer Reichsstatthalterei herabzudrücken, als völlig misslungen anzusehen sind. Ich erinnere daran, dass plötzlich im Reichsgesetzblatt eine Verordnung über die Beschlagnahme des polnischen Staatsvermögens erschienen war. Auf meinen sehr dringenden Protest gegen diese Verordnung hat Herr Generalfeldmarschall Göring mündlich und auch schriftlich zugegeben, dass seine Verordnung selbstverständlich auf das Generalgouvernement keine Anwendung findet, und es bei der Verordnung und der Exekutive des Generalgouvernements bleibt. Ich erinnere Sie an den Erlass der SS vom 16. Dezember vorigen Jahres, der die Beschlagnahme der Kunstschätze durch die SS anordnete. Auf mein Einschreiten dagegen ist auch verfügt worden, dass dieser Erlass vom 16. Dezember als auf das Generalgouvernement nicht anwendbar angesehen wird. Weiter hat der Herr Generalfeldmarschall Göring am 12. Februar dieses Jahres verfügt, dass die Treuhandstelle Ost im Generalgouvernement nichts zu vermelden hat.

... Und da möchte ich Ihnen eins sagen: Der Führer hat mir dringend ans Herz gelegt, die Selbstverwaltung der Polen, soweit es irgend möglich ist, sicherzustellen. Dass die Woits und die unteren Instanzen der kleinen Bürgermeister und Schulzen unter allen Umständen aus dem Kreis der Polen genommen werden, muss gewährleistet sein, und es liegt auch in unserem Interesse.

H0703-0075

2233 - PS

Franks Tagebuch, Arbeitssitzungen 1940 Februar - November

S i t z u n g

des Reichsverteidigungsausschusses im Palais Brühl, Warschau.

Sonnabend, den 2. März 1940.

Seite 8

.... Ich habe vorgestern fast zweieinhalb Stunden mit dem Führer in der Reichskanzlei erneut über die Ostprobleme gesprochen und kann nur sagen; Der Führer hält unverrückbar an diesem Ziel fest. Das Generalgouvernement ist zunächst bestimmt, die Heimstätte der Polen zu sein, und zwar der Polen, die unter der deutschen Machthohheit, aber nicht als deutsche Staatsbürger, hier eine Art Reservation erhalten sollen. In diesem Gebiet des Generalgouvernements gibt es daher zunächst keine irgendwie geartete, das polnische Volkstum umfassende Germanisierungstendenz. Ich möchte mit allem Nachdruck darauf hinweisen, meine Herren, dass es ein schärfster Vorstoss gegen die Grundlagen der Führerpolitik wäre, wenn diese Tendenz in irgendeiner gewaltsamen Form zum Ausdruck kommen könnte. ...

H0703-0076

Das Generalgouvernement stellt - und das muss mit allem Nachdruck gesagt werden - nicht eine Provinz des Deutschen Reiches dar. ...

... In den Ministerien in Berlin ist dieser Gedanke noch nicht durchgedrungen, dass es sich beim Generalgouvernement um ein eigenes Machtgebilde mit eigenen Zuständigkeiten handelt. Die Neigung, das Generalgouvernement als eine Art Nebenbau oder eine Art Nebenstatthaltereiunternehmen zu betrachten, ist sehr deutlich spürbar und zwar leider auch von der militärischen Seite her. ...

... Im allgemeinen ist die Ernährungslage in vielen grossen Gebieten dieses Landes katastrophal. Wenn nicht das Deutsche Reich ununterbrochen helfen würde, würden die grösstenSchwierigkeiten entstehen. ...

H0703-0077

Die Ernährungslage zwingt uns, einen weitschauenden Ernteforderungsplan in die Wege zu leiten. Dieser Ernteforderungsplan bedarf der Saatgutstransporte, der Kunstdüngertransporte und der Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen, vor allem aber auch der Sicherstellung des Lebens der polnischen Bauern. ...

H0703-0078

2233 - PS

Franks Tagebuch, Arbeitssitzungen 194o Februar - November

D i e n s t v e r s a m m l u n g

der Kreis= und Stadthauptmänner des Distrikts Lublin, Lublin

4. März 194o

Seite 1

Protokoll über die Dienstversammlung der Kreis= und Stadthauptmänner des Distrikts Lublin am 4. März 194o, 16 Uhr, in Lublin.

Seite 8

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt zu erwägen, ob nicht unter geeigneter Anwendung der Arbeitspflichtverordnung ein leiser Zwang ausgeübt werden könne. Den von Berlin geforderten Erlass einer neuen Verordnung mit besonderen Zwangsmassnahmen und Strafdrohungen lehne er ab. Massnahmen, die nach aussen hin Aufsehen erregen, müssten vermieden werden. Das gewaltsame Verfrachten von Leuten habe alles gegen sich.

H0703-0079

Sodann ergreift der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r Wort zu folgenden Ausführungen:

...Die Einsiedlung der Polen, Juden und Zigeunern, bildet eine Lebensfrage für ihren Distrikt. Es ist unbeschreiblich, welche Meinungen sich im Reich gebildet haben, dass das Gelände des Generalgouvernements östlich der Weichsel immer mehr als eine Art Judenreservat in Aussicht genommen ist. Fest steht folgendes: Der Feldmarschall Göring hat in Anwesenheit des Reichsführers SS Himmler am 12. Februar in Karinhall die Entscheidung getroffen, dass keinerlei Umsiedlungsaktion in das Generalgouvernement vorgenommen werden darf, ohne vorherige Genehmigung jeder einzelnen Umsiedlungsaktion durch den Generalgouverneur. Damit ist dem Generalgouverneur endlich die Möglichkeit gegeben, sich hier positiv einzuschalten und ich habe jetzt die Vollmacht des Führers und des Generalfeldmarschalls, dass ich solche Umsiedlungszüge hintanhalten kann, wenn es die Lage des Generalgouvernements, vor allem auf dem Gebiet der Militärtransporte, erheischt. Damit ist auch die Gewähr gegeben, dass künftighin solche Einsiedlungen auch nicht mehr auf dem Fussweg stattfinden können. Im allgemeinen ist ja der grosse Umsiedlungsgedanke aufgegeben. Von dem Gedanken, dass man 7 1/1 Millionen Polen nach und nach in das Generalgouvernement hereintransportieren kann, ist man völlig abgekommen. Es handelt sich nur noch um die Frage der Abführung von etwa 1oo - 12o ooo Polen, etwa 3o ooo Zigeunern und einer nach Belieben festzusetzenden Zahl von Juden aus dem Reich, denn das Endziel soll sein, das Deutsche Reich judenrein zu machen. Dass das aber nicht in einem Jahr geht und insbesondere nicht unter den Umständen des Krieges, sieht man auch in Berlin ein. Es war dies aber mit der schwierigste Kampf, den wir zu führen hatten.

H0703-0080

Seite 19

... Ich habe nochmals mit dem Führer und Generalfeldmarschall Göring gesprochen und kann ruhig sagen, dass sich hier meine Auffassung vollkommen durchgesetzt hat. Es gab 2 Fälle, in denen in letzter Zeit in spürbarer Form der Versuch unternommen wurde, von Berlin aus in unsere Zuständigkeit hineinzuregieren. Das erste war der Erlass vom 16. Dezember betreffend die Beschlagnahme der Kunstschätze und das zweite war die Einschaltung der Treuhandstelle Ost in die Verwaltung des beschlagnahmten polnischen Staatsvermögens. Ich kann heute sagen, dass auf meinen Protest hin sowohl der Reichsführer SS seinen Erlass als rechtsunwirksam zurücknahm, wie auch Generalfeldmarschall Göring mir schriftlich bestätigte, dass die Verordnung, die er traf und in die das Generalgouvernement einbezogen war, rechtsunwirksam ist und demnach meine Verordnung über Beschlagnahme des polnischen Staatsvermögens in Kraft bleibt und die Treuhandstelle Ost in keiner Weise mitzuwirken hat. ...

Seite 2o

... Wenn der Führer einen anderen Weg gewollt hätte, hätte er ihn beschreiten können. Daher muss ich Sie vor allem bitten, gegen alle wilden Beschlagnahmeaktionen, gegen alle jene wilde Machtanwendung, gegen das Herumziehen im Lande mit Truppe und bewaffneten Massen, die glauben ihren eigenen Willen durchsetzen zu können, weil sie bewaffnet sind, mit der schärfsten Waffe, dem Appell an den Führer entgegenzutreten. ...

Seite 21

... Wenn der Führer bestimmt hat, dass das Generalgouvernement die Heimstätte der Polen sein soll, so ergeben Sie daraus, dass das Generalgouvernement eine ungeheure weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen hat. Es kann mit diesen Worten des Führers von

H0703-0081

niemanden gespielt werden. Wir sind nicht befugt, an diesem stattgefundenen Kurswechsel irgendwie Kritik zu üben. Wir haben hier dem Polentum eine Art Ordnung zu gewährleisten. Wir dürfen zu diesem Zweck die Autorität des Reiches nicht in missbräuchliche Anwendung bringen lassen zu Gewaltaktionen, die sich letzten Endes gegen das Ansehen des Führers und des Reiches auswirken. Dieser Distrikt muss in diese geschlossene Form immer mehr eingefügt werden. Ich gehe hier jeden an die Seite und es kann jeder von Ihnen darauf rechnen, dass ich kameradschaftlich wie autoritär ihn vertrete. Ich will auch am Schluss meiner Ausführungen nicht scheiden von Ihnen, indem ich bei Ihnen irgend einen bitteren Nachgeschmack zurücklasse. Ich will an allem, was hier geschehen ist, keine weitere Kritik üben. Ich will aber auch nicht sagen, dass ich eine Fortsetzung gesetzlich irregulärer Vorgänge, die mir auf dem Gebiet des Beschlagnahmewesens auf dem Gebiet eines wilden Vorgehens da und dort gemeldet wurden, weiterhin dulden werde. Wollen wir unter Aufrechterhalten der persönlichen Kontakte dafür sorgen, dass nunmehr in die Zukunft hinein ein Gemeinschaftsweg der geordneten Befehlssicherung stattfindet. Sie Herr Gouverneur, übernehmen nunmehr die schwere Verantwortung, dies hier in meinem Namen zu gewährleisten. Sie sind Manns genug, sich jedem gegenüber durchzusetzen.

H0703-0082

2233 - PS

Franks Tagebuch, Arbeitssitzungen 1940 März-Oktober

1. Vollsitzung

des Wirtschaftsrates für das Generalgouvernement am Donnerstag, dem 31. Oktober 1940 im Regierungsgebäude, Krakau.

Seite 1

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r eröffnet die Tagung mit folgender Ansprache:

Seite 3

Der Führer hat mir in der Reichskanzlei auf meinen Vortrag hin seine Meinung über dieses Gebiet bekanntgegeben. Sie kennen sie aus vielen Berichten, die ich Ihnen schon gegeben habe. Noch nie aber hat der Führer einige Gesichtspunkte so klar wie vor kurzem herausgegriffen. Zunächst hat der Führer dem Generalgouvernement den Charakter als Nebenland des Deutschen Reiches gegeben. Der Führer wollte damit sagen, dass das Generalgouvernement in weithin absehbare Zeiträume hinein ein Eigenleben neben dem des Deutschen Reiches führen wird. Insbesondere hat er meine Frage wegen einer Zollunion zwischen dem Generalgouvernement und dem Deutschen Reich absolut in eindeutiger Weise dahin beantwortet, dass er sagte: eine Zoll- oder Währungsunion, eine Gemeinschaftsebene der gesamten Lohnverhältnisse in beiden Bereichen wäre gerade das Gegenteil von dem, was dem Generalgouvernement an Aufgaben zugefallen ist. ...

... Weiter hat der Führer auf meine Argumentation, dass das alles bekannt wäre, dass aber die Praxis des Reiches doch wesentlich anders aussehe, mit ungeheurer Schärfe - meine Herren, Sie kennen den Führer, wenn er über etwas ergrimmt ist -, mir Recht gegeben, als ich ihm sagte, dass dann aber die Art und Weise, in der das Deutsche Reich heute diese polnische Arbeiterfrage zu lösen suche, unmöglich ist. ...

Seite 5

Wenn Sie nun die Praxis des Reiches bezüglich der polnischen Arbeiter in den ersten 12 Monaten des Generalgouvernements mit diesen Ausführungen des Führers vergleichen: welch' eine Diskrepanz der Wirklichkeit mit den Absichten des Führers! Der

H0703-0083

Führer hat auf meinen Wunsch auch anderen zufällig in der Reichskanzlei anwesenden Persönlichkeiten diese seine Ansicht bekanntgegeben, er hat seine Auffassung apodiktisch absolut klar gelegt. Das ergibt sich auch aus der Entscheidung des Führers vom 2. Oktober. Die ganze Systematik der Behandlung der Polen drüben im Reich ist unmöglich. Es geht nicht an, dass wir die Polen ins Reich hin usschicken, dass drüben die Gelder eingesteckt werden oder dass man den Polen nur geringe Löhne zahlt und die Staatsfinanzen des Generalgouvernements dann dafur herhalten müssen, die im Generalgouvernement zurückgebliebenen Arbeiterfamilien zu ernähren.

... Es müsste dafür gesorgt werden - so meinte der Führer - dass diesen Arbeitern, die bestimmt sind, sozusagen Berufssaisonarbeiter im Reich zu sein, die Sicherheit des Lebens ihrer Familie und auch der Bestand ihres kleinen Gütchens und Gärtchens, das sie hier haben, gewährleistet wird. Der Führer hat interessanterweise ausdrücklich von der Wahrnehmung der Interessen dieser Familienangehörigen der Arbeiter durch das Generalgouvernement gesprochen. Es ist eine der Hauptaufgaben, dafür zu sorgen, dass diese Familien befriedigt und ruhig sind, dass der Mann draussen das Gefühl hat, er könne seinen Arbeitsertrag in die Heimat schicken und gewiss sein, dass die Familie auch diesen Betrag erhält.

Seite 51,52

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ist der Auffassung, dass alle Fortschritte in der wirtschaftspolitischen Entwicklung des Generalgouvernements nicht hervorgehoben zu werden verdienen, solang diese Grundfrage einer einigermassen ausreichenden Versorgung der Arbeiter nicht geregelt sei. Für eine Wirtschaftsplanung im Generalgouvernement müsse diese Frage unbedingt in den Vordergrund gestellt werden. Man müsse ein System schaffen und dafür sorgen, dass etwa mit dem 1. Januar 1941

H0703-0084

H0703-0085

eine grundsätzliche Lösung dieses Lohnproblems gefunden werden könne. Als Sofortmassnahme müsse eine Verteilung von Textilien auch auf Rechnung der öffentlichen Betriebe in Angriff genommen werden. . . .

Seite 52

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält es für notwendig, zunächst einmal aus den Lagern die Textilien zu einem für die Arbeiter absolut erträglichen Preis herauszugeben. Weiter müsse durch besondere Zuweisung von Lebensmitteln aus dem Reich für eine bessere Ernährung der Arbeiter gesorgt werden. Bis zum Januar nächsten Jahres müsse man dann zu einer Systematisierung der Sonderzuwendungen ganz allgemein schreiten.

Seite 66

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r schliesst die Tagung mit folgenden Worten:

.... Wenn überhaupt von Wirtschaftsplanung hier gesprochen werden kann, dann eben nur deshalb, weil dieser Grundsatz, dass der Gemeinnutz, hier im weitesten Sinne auch der Gemeinnutz der gesamten Bevölkerung des Landes, vor dem Eigennutz tritt, evident bewiesen wird. Der Staat im Generalgouvernement kann aus wirtschaftlichen Gründen heraus nicht gefährdet werden; und diesen Umstand feststellen zu dürfen, bedeutet an sich schon gegenüber dem liberalistischen Prinzip, wonach die Staatsführung nur ein Appendic der Wirtschaftsordnung gewesen wäre, eine erfreuliche Tatsache.

Wenn wir uns auf die wesentlichen Gesichtspunkte beschränken, so steht im Vordergrund die Berücksichtigung der gesamten Bevölkerungssituation mit dem von den Dienststellen des Generalgouvernements eingeleiteten Möglichkeiten der Entwicklung. Dazu bedarf es 1. einer Lösung der Arbeiter- und Lohnfrage, auf Grund des Referats des Abteilungspräsidenten Dr. Frauendorfer, 2. einer Lösung des Problems der Gesamtlage der bäuerlichen Bevölkerung.

auf Grund des Referats des Landesbauernführers Körner und 3. einer Sicherstellung der Situation der städtischen Bevölkerung auf Grund des Referats des Bankdirigenten Dr. Paersch, Wenn diese Fragen in einer Spezialtagung des Wirtschaftsrats behandelt werden würden, dann würde wohl schon ein entscheidender Schlussstein für die Entwicklung des zweiten Jahres geschaffen sein.

H0703-0086

2233 - PS

Franks Tagebuch 1941 Band I Seite 115 Eintragung vom 27. Januar 41

Empfang des Herrn Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk auf der Burg.

Staatssekretär Dr. Bühler begrüsst im Nahmen des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Herrn Generalgouverneurs den Herrn Reichsfinanzministers und dankt ihm für das Interesse, das er bei seinen wiederholten Reisen in das Generalgouvernement den Belangen dieses Gebietes entgegengebracht habe.

.... Den Bemühungen aller im Generalgouvernement eingesetzten Kräfte sei es zu verdanken, dass nach Überwindung aussergewöhnlicher und einmaliger Schwierigkeiten eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen ist. Das Generalgouvernement habe in der Zeit seines Bestehens mit grösster Gewissenhaftigkeit die vom Reich geforderten Leistungen zur Stärkung des deutschen Kriegspotentials erbracht. Es sei daher wohl die Bitte erlaubt, dass das Reich in Zukunft gegenüber dem Generalgouvernement jenes Mass von Ansprüchen nicht überschreite, dass die Aufrechterhaltung einer geordneten und gesunden Wirtschaft im Generalgouvernement - die ja letzten Endes wieder dem Reich zugute kommt, - gewährleistet.

H0703-0087

2233 - PS

Franks Tagebuch 1941 Band III Seite 711, 712, 713 Eintragungen vom 1. 8. 1941

Seite 711

13.00 Presse Empfang (Lemberg)

Der Herr Generalgouverneur richtet folgende Ansprache an die Vertreter der Presse. ...

Seite 712

.... Wir müssen nun sofort daran gehen, der Bevölkerung, die teilweise entsetzliche Not leidet, zu Lebensmitteln, zu Kleidung zu verhelfen, den dringenden Bedürfnissen zu genügen, um die Schäden des bolschewistischen Systems zu beseitigen, Verkehrswege wiederherzustellen usw. Das ganze Land müssen wir mit einem leuchtenden Aufbauwillen durchdringen.

Damit tritt nun ein grosser nationaler Block von über 4 Millionen Ukrainern in den Bereich des Generalgouvernements ein. Gleichzeitig ist das Ukrainische zur zweiten Dienst- und Staatssprache im Generalgouvernement geworden. Alle Erlasse und Verordnungen des Generalgouverneurs wie seiner Dienststellen ergehen in deutscher und ukrainischer Sprache, aber auch in polnischer Sprache, auf dass auch der Pole, der im Lande wohnt, sich zurecht finde. Auch für den Polen kommen wir hier nicht als Feinde, sondern als Träger eines geordneten Aufbauwillens.

H0703-0088

2233 - PS

Franks Tagebuch 1941 Band III Seite 777,778,779 Eintragungen vom 4. 9. 1941

Seite 777

16.3[illegible] Uhr Besprechung mit geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann.

Seite 778

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, dass man die Fleischration von 100 g für die Bevölkerung nicht herabsetzen könne. Wenn man von Seiten des Reiches verlange, dass im Generalgouvernement die Ordnung aufrecht erhalten werde und leistungsfähige Arbeiter in den Betrieben vorhanden seien, dann müsse man es unbedingt bei dieser Ration lassen, darüber hinaus müsste sogar eine Erhöhung der Rationssätze für Brot und Fett eintreten.

Der Herr Generalgouverneur erinnert daran, dass im vorigen Jahr der Wehrmacht ungefähr 80 000 t Kartoffeln geliefert worden seien; im Frühjahr dieses Jahres habe man der Wehrmacht noch einmal 40 000 t gegeben. Er habe vom Reich den Befehl, dafür zu sorgen, dass das Generalgouvernement so intensiv wie möglich in den Wirtschaftsprozess des Grossdeutschen Reiches eingeschaltet werde. Weiter habe er den Auftrag, Fabriken in Gang zu setzen und Hunderttausende von Arbeitern zusätzlich in den Arbeitsprozess hineinzubringen. Wenn dieser Auftrag erfüllt werden solle, dann müsse man andererseits den Menschen auch zu essen geben. Es müsse Klarheit darüber geschaffen werden, was man nun eigentlich im Reich wolle.

H0703-0089

2233 - PS

Franks Tagebuch 1941 Band III Seite 783, 785 Eintragungen vom 4. 9. 1941

Seite 783

17.35 Uhr Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Hofrat Watzke, Obermedizinalrat Dr. Walbaum und Ministerialrat Dr. Wiemann in Gegenwart des Bevollmächtigten Dr. Heuber.

Seite 785

Der Herr Generalgouverneur erlässt folgende Verfügung: Der Einspruch der Hauptabteilung Finanzen gegen die Errichtung der Medizinischen Akademie in Krakau wird vom Generalgouverneur negativ beschieden. Die Errichtung der Akademie ist sofort in Angriff zu nehmen. Von dieser Verfügung ist dem Staatssekretär, dem Präsidenten Watzke und der Hauptabteilung Finanzen Kenntnis zu geben.

H0703-0090

H0703-0091

2233 - PS

Franks Tagebuch 1941 Band IV Seite 1085, 1086, 1087 Eintragungen vom 21. 11. 1941

H0703-0092

Der Herr Generalgouverneur wünscht ein stilles, aber stetiges Aufbauen der zu einer Universität führenden Institutionen. Eine öffentliche Diskussion solle man vermeiden.

Seite 1087

Die Pläne für den Aufbau eines Technikums in Warschau seien, wie Präsident Watzke ausführt, so weit gefördert, dass der Betrieb in einigen Monaten aufgenommen werden könne. Man habe sich weitgehend an das Technikum in Nürnberg, das sich in 5 Abteilungen gliedere, angelehnt. - Die Ostbahn habe bereits zum zweiten Mal eine dringende Anforderung von polnischen Gymnasiasten an ihn gerichtet.

Der Herr Generalgouverneur will diese polnischen Schüler nach Besuch eines Vorbereitungskurses zur Verfügung gestellt wissen.

H0703-0093

In diesem Zusammenhang regt der Herr Generalgouverneur an, das bisher erschienene polnische Schrifttum zusammenzustellen und in der Berliner Pressekonferenz zu zeigen.